

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, in der Expedition, Neue Graupenstraße 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 2,10 RM., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6592.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfennige für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26.

Breslau, Donnerstag, den 31. Januar 1895.

6. Jahrgang.

„Dem Deutschen Reich!“

Die Inschrift „Dem deutschen Volke“, die ursprünglich über dem Portal des neuen Reichstagsgebäudes angebracht werden sollte, will nun, wie kurz berichtet, die Barcommission durch eine andere ersetzen, die lautet: „Dem Deutschen Reich!“ Freisinnige Blätter machen viel Aufhebens davon, wie immer, wenn es sich um Formalitäten handelt.

Aber der Reichstag, wenn auch auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt, ist so wenig eine wirkliche Volksvertretung, als die bürgerlichen Parteien, die sich „katholische Volkspartei“, „deutsche Volkspartei“ und „freisinnige Volkspartei“ nennen, in Wahrheit Volksparteien sind. Das Übergewicht des Besitzes beeinflusst immer das Wahlergebnis und es giebt Fälle genug, in denen das Wahlgeheimnis nicht gewahrt werden kann. Nicht die Bethörung allein, auch die Drohung mit materieller Schädigung, die Ausnutzung der Abhängigkeit zwingt den Arbeiter vielfach, seinen capitalistischen Ausbeuter oder dessen Genossen zu wählen, genau wie der ostböhmische Tagelöhner gezwungen wird, seinen Junker zu wählen, und wenn dieser ihn wie einen Hund behandelt. Das allgemeine Wahlrecht ist ein zartes Geschöpf und ist mit der Vereins- und Versammlungs- und Pressefreiheit innig verknüpft; es leidet selbst, wenn eines dieser Anhängsel verkümmert wird. Daher kommt es, daß der Reichstag in seiner ungeheuren Majorität noch immer aus Leuten besteht, welche ausschließlich die Interessen der besitzenden Klassen vertreten und auf dem Boden der capitalistischen Production stehen. Die Vertreter der Arbeiterklasse, welche ihr Heil in einer neuen Gesellschaftsordnung erblicken, sind in der

Minorität geblieben, obschon die Arbeiter die ungeheure Majorität des Volkes und die besitzenden Klassen nur einen Bruchtheil desselben bilden.

Eine Volksvertretung, welche die Interessen des gesammten Volkes machtvoll wahrnehmen soll, muß auch im Besitze der erforderlichen Machtmittel sein. Dies kann man vom französischen, vom englischen, vom nordamerikanischen Parlament sagen, obschon man beifügen muß, daß alle diese Körperschaften immer mehr gegen als für das Volk von ihrer Macht Gebrauch gemacht haben. Aber der Deutsche Reichstag mit seinem beschrittenen Budgetrecht, der nicht einmal die Macht hat, einen Initiativantrag durchzurücken, wenn der hohe Bundesrath ihn ablehnt — dieses Parlament hat gar nicht einmal die Macht, die Volksinteressen wirksam wahrzunehmen. Wenn man bedenkt, daß Bismarck die Reichsverfassung von dem dienstwilligen nationalliberalen Troß ganz nach seinem Geschmack zuschneiden ließ, so kann sich Niemand darüber wundern, daß der Reichstag ein so schwächliches und verkrüppeltes Geschöpf ist. Der märkische Junker, der dem Reichstag die Diäten vorenthielt, fügte noch seinen brutalen Hohn hinzu, indem er dem Reichstage zurief: „Sie imponiren mir gar nicht!“ als zum so und so vielen Male die Einführung von Diäten beschlossen worden war.

Die Opposition macht im Reichstage vom Rechte der Kritik Gebrauch bis zu den Schranken, welche der junkerliche Major-Präsident zu ziehen pflegt. Aber von der Kritik allein kann man nicht immer leben und wir müssen das Ganze betrachten, was der Reichstag dem Volke becheert hat. Nehmen wir nur das Hervorragende aus dem ganzen Bouquet: Die ungeheure Steigerung der Militärlast und die damit verbundene Steigerung des Budgets, eine rasant sich vermehrende

Schuldenlast, Zölle und Steuern, das Socialistengesetz, die Beschränkung der Deffentlichkeit bei den Gerichtsverhandlungen, die Liebesgabe für die Junker u. s. w. Daß das Socialistengesetz wieder fiel, ist nur theilweise ein Verdienst des Reichstages; er hat es aber zwölf Jahre lang aufrecht erhalten. Fast man Alles zusammen, so hat das Volk vom Reichstage nur politische und wirtschaftliche Bedrückung erfahren für das kümmerliche Einsenkerrecht der „Socialreform“ und des Arbeiterschutzes, das ihm dargeboten wurde. Dagegen haben die herrschenden Klassen vom Reichstage Nutzen gezogen: die Großindustrie und der Großgrundbesitz haben sich mit Zöllen und Prämien den Beutel füllen lassen auf Kosten des consumirenden Volkes.

Die Inschrift: „Dem deutschen Volke!“ hätte so nach einem bitteren Weigenschmaß, und wir wollen uns gar nicht darüber grämen, wenn sie wegbleibt.

Die neue Version paßt viel besser; der Reichstag entspricht ganz den übrigen Institutionen, wie sie im „Reich der Reichen“ bestehen. Ein Militärstaat mit einem schwächlichen Parlament — das ist die Signatur des Deutschen Reiches. Wir wollen uns darüber nicht hinwegtäuschen lassen durch eine Tafel am Reichstagsportal, auf welcher steht: „Dem deutschen Volke!“ Das überlassen wir freisinnigen Schwachköpfen.

Wir sind sogar überzeugt: wenn man das deutsche Volk hätte abstimmen lassen über die Verwendung der vielen Millionen, welche der prächtige neue Reichstagsbau gekostet hat, dann würde sich die ungeheure Mehrheit für deren Verwendung in ganz anderem Sinne entschieden haben. Denn es gab in der That in Deutsch-

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Germaine dagegen war überaus zart und schwächlich, „wie ein Treibhauspflänzchen“, pflegte Frau Savenay zu sagen. Siner blaffen Nase vergleichbar, die hinter ihren Schwestern im Wachsthum zurückgeblieben ist, war sie lange Jahre sehr leidend gewesen. Von der Mutter schon verzärtelt, wurde sie von ihrem Bruder geradezu auf den Händen getragen. Er hatte eine fast väterliche Zuneigung für sie. Niemals kam er zu ihr, ohne ihr irgend ein kleines Geschenk mitzubringen, er trug weder ein paar Rosen oder eine Dose Bonbons, einen herrlichen Fächer oder einen neuen Schmuckgegenstand. Es war nicht weiter zu verwundern, daß sie ein so liebenswürdiges aber verzogenes Kind wurde. Sie war von einer Lebhaftigkeit, die andere Wildheit genannt hätte. Keinen Augenblick konnte sie ruhig auf derselben Stelle bleiben. Andree nannte sie immer seinen kleinen Kolibri. Eine überaus sensitive Natur, die sie war, genigte der geringste Anlaß, um sie auf's Tiefste zu erregen. Wegen einer Kleinigkeit konnte sie toll's Lachen ausbrechen oder Thränenströme verströmen. Andree behauptete im Scherz, daß Germaine, weil sie im April geboren war, beständig zwischen Regen und Sonnenschein schwankte und gab ihr den Spitznamen „Fräulein Ungewitter“. Man dachte

darin, sie bald zu verheirathen, in der Hoffnung, sie dadurch von ihrer Nervosität zu heilen.

Inzwischen ließ sie ihrer Phantasie freien Lauf. Mit Leidenschaft widmete sie sich der Musik und der Malerei. Anfangs machte sie Fortschritte, die ihre Lehrer in Erstaunen setzten. Bei der ersten Schwierigkeit ließ jedoch ihr Eifer nach, sie verlor die Lust zum Schaffen und bald lagen Pinsel und Noten unbenutzt im Kasten. Sie gab jeder ihrer Launen sofort nach. Ueber das, was sie in ihrer Umgebung sah, urtheilte sie oft spöttisch, aber durchaus nicht böshart. Zuweilen hatte sie auch plötzliche Anfälle von Mitleid mit den Armen, „aber mein Gott! Die Bettler waren meist so schmutzig!“ So sagte sie oft, während sie in ihrem eleganten Wagen ausfuhr und ihre Freundinnen durch den angesuchten Luxus ihrer Toiletten in Erstaunen versetzte.

So verschieden auch die drei Personen waren, die in dem stattlichen Hause in der Murillostraße zusammen wohnten, so barg es doch viel Glück und die herzlichste Eintracht Aller in seinem Innern. Auch heute Morgen, während Andree beim Frühstück sein Abenteuer vom Abend vorher erzählte, aü rte die Mutter nur in lauten Ausrufen ihre Besorgniß über die Gefahr, in der er geschwebt hatte, während die Schwester ihre Spottereien an die Adresse des Taugenichts von Alfred richtete.

„Du mußt Dich bei der Dame oder dem Fräulein bedanken, die so tapfer für Dich eingetreten ist,“ sagte Madame Savenay ernst.

„Ja, ja!“ rief Germaine, vor Vergnügen in die Hände klatschend. „Wie es wohl bei solchen Leuten aussehen mag? O, das wird sehr amüsant! Die Männer haben doch immer Glück! Die können überall hingehen. Aber Du wirst mir wenigstens Alles erzählen, hörst Du?“

Die alte Norine kam gerade in diesem Augenblicke zurück. Sie mußte sofort alles berichten, was sie erfahren hatte. Der alte Mann in der Rue Demours hieß Deschamps. Er wohnte mit Fräulein Johanna, seiner Enkelin, zusammen. Er war in einem Bankhause angestellt und kam jeden Abend zwischen fünf und sechs Uhr nach Hause.

Es wurde also beschlossen, daß Andree noch am selben Tage in der Rue Demours einen Besuch machen sollte, nach der alten Regel, daß man Herzenschulden und Spielschulden sofort abtragen soll.

3. Kapitel.

Um 5 Uhr 30 Minuten klingelte Andree an der Thür des Herrn Deschamps. Das junge Mädchen öffnete ihm. Als er seinen Namen nannte, sagte sie: „Ach, Sie sind der Herr, dessen Karte bei uns abgegeben wurde. Mein Großvater muß in jedem Augenblick kommen. Wollen Sie einen Augenblick warten?“

Sie sprach mit tiefer, klangvoller Stimme, die Andree sofort wieder erkannte. Er folgte ihr in einen dunklen Corridor und von dort in ein düstres ausgestattetes Zimmer, das von einer Petroleumlampe nur schwach erhellt war. Ein Lichtschirm führte alles Licht

land Obliegenheiten genug, deren Erfüllung bringenber war, als der Bau eines neuen Reichstagshauses.

Doch dem sei, wie ihm wolle — die Inschrift: „Dem Deutschen Reiche!“ trifft genau den Kern der Sache; der Reichstag ist die Klassenvertretung eines Klassenstaats, trotz des allgemeinen Wahlrechts, das unter dem Capitalismus stets verkümmert wird, sei es durch den Druck der herrschenden Klassen, sei es, wie in Frankreich und Amerika, durch Bestechung.

Der Reichstag ist soeben im Begriffe, dem deutschen Volke neue Zwangsgesetze — mindestens einen Theil der Umsturzvorlage — und neue Lasten und Steuern zu widmen, so daß jene Inschrift in ihrer ersten Fassung gerade in diesem Moment wie ein Hohn wirken würde.

Wenn wir einmal in Deutschland eine Volksvertretung haben, die frei und ohne alle Beeinflussungen gewählt werden kann; eine Volksvertretung, deren Beschlüsse nicht von Regierungsvertretern in den Papierkorb geworfen werden können; eine Volksvertretung, in welcher sich die Macht des Volkes und des Landes concentriert und die nicht von der Last und Wucht des Militärapparats zu einem Schattenspiegel herabgedrückt wird; eine Volksvertretung, die für das Wohl Aller und nicht für den Geldbeutel einzelner gieriger Erwerbgruppen sorgt — dann sind auch wir dafür, daß man über das Portal die Worte setze: „Dem deutschen Volke!“

Vorher aber nicht!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Handel scheint perfect geworden, den das Centrum mit der Reichsregierung abzuschließen hatte. Schon in vergangener Woche war in parlamentarischen Kreisen die Rede davon, daß das Centrum nunmehr seine Stellung zur Umsturzvorlage ändern werde. Abgeordneter Hintelen hatte in der Freitagssitzung der „Umsturz-Commission“ deutlich ausgesprochen, daß seine Partei für Zuständnisse auf dem Gebiete der Schule zu haben sein werde. Trotz der Verheugungen, die darauf der Staatssecretär Ribbentrop vor dem Centrum machte, glaubte er doch in der Umsturz-Commission sich mit dem Centrum auf kirchenpolitische Verhandlungen nicht einlassen zu dürfen. Nun, die Sache hat sich dann anderweitig gemacht, denn das Centrum hat durch seine Abstimmung über das Princip des § 111a (Bestrafung der Vertheidigung und Anpreisung bestimmter Verbrechen und Vergehens) in der Montagsitzung der Umsturz-Commission (siehe den gestrigen Bericht) bewiesen, daß es sich eines „Bisseries“ belohnen hat und nun gewillt ist, die Umsturz-Vorlage nicht nur in der Gestalt wie sie seitens der Regierung verlangt wird, sondern sogar noch künftighin zu acceptiren. Was ein Preis mag für diesen Umfall des Centrums, für diesen schwachen Verrath am Volke gezahlt werden müssen? Das wird sich gar bald zeigen — vielleicht haben dann unsere liberalisirenden Bourgeois, die nicht laut genug nach einem „Umsturz“

gesetz zu schreien wußten, alle Ursache, erstaunt und erschreckt zu sein. Am Ende muß Herr v. Bennigsen wieder einmal alle „liberalen Bruderparteien“ zum Schwur auf dem Hüftl aufrufen? Uns kann's recht sein, denn wir werden mit der ganzen Sippenschaft fertig, mag sie sich nennen wie sie nur will. Und wenn es noch so viele Opfer kosten mag — unser der Sieg trotz alledem.

Das freie Wahlrecht ist bekanntlich den Reactionären aller Schattungen ein Dorn im Auge, trotz der heuchlerischen Versicherungen, die von den Herren hin und wieder abgegeben worden und die dahin gehen, daß man garnicht daran denke, dies erste politische Recht des deutschen Volks anzutasten. Die freiconservative „Post“, ein auf dem politischen Niveau des Herrn v. Stumm stehendes „vornehmes“ Blatt, giebt gelegentlich der Verhandlungen der Geschäftsordnungscommission über die vom Präsidenten v. Lepow geforderte Verschärfung der Disciplinarmittel des Reichstags wiederum ihrem gütigen Gasse gegen das geltende Reichstagswahlrecht bereiten und deutlichen Ausdruck. Das edle Blatt meint ganz unverbümt, daß wenn nicht die entsprechende Verschärfung der Disciplinarmittel beschloffen würde, der Reichstag einen Unfähigkeitsbeweis liefere, seine Pflicht zu erfüllen. Hierfür sei alsdann der Grund zu suchen in dem Wahlrecht, insbesondere in dem gleichen und geheimen Wahlrecht. — Wir merken die Absicht, aber die Herren mögen sich nur zur Ruhe geben, das Wahlrecht wird sich das deutsche Volk trotz aller Treibereien und Begereien gewisser „staatsbehaltender“ Kreise nicht nehmen lassen.

Armes deutsches Reich! Herr von Lepow hat, wie von verschiedenen Seiten berichtet wird, als Präsident des Reichstages die Cabinetfrage gestellt, d. h. die Niederlegung seines Amtes erklärt, falls der Reichstag im Plenum nicht, im Gegensatz zu der Haltung der Geschäftsordnungscommission, ihm nicht diejenigen verstärkten Disciplinarmittel zugesprochen will, die Herr von Lepow für nöthig hält. In gleicher Zeit lassen die Nationalliberalen durchsagen, daß sie nicht mehr im Präsidium vertreten sein wollen, wenn der Reichstag sich nicht unter eine verschärfte Geschäftsordnung bücken will. — Gewiß würden auch die Socialdemokraten den Abgang des Herrn von Lepow bedauern, denn er war unleugbar der beste aller bisherigen Reichstagspräsidenten. Daß aber auch die Nationalliberalen im Bureau des Reichstages nicht mehr mithun wollen, ist eine Nachricht, so furztbar und niedererschmetternd, daß das deutsche Volk lange Zeit gedrauten wird, sich von einem solchen Verlust zu erholen. Armes Deutschland!

Am Samstag stieg des Kaisers Hund von demselben in einer besonderen, am Sonntag Abend erscheinenden Ausgabe des „Reichsanzeigers“ eine Reihe von Verfügungen und Auszeichnungen bekannt gegeben. (Wichtig bemerkt, hat der „Vorwärts“ diese vorher streng geheim gehaltenen allerhöchsten Bestimmungen schon am Sonntagmorgen veröffentlicht, was in Berlin großes Aufsehen verursachte.) Nach einer dieser Verfügungen an den Kriegsminister bestimmt der Kaiser, daß für die Volksschullehrer und Candidaten des Volksschulamtes, die ihre Befähigung zur Uebernahme des Volksschulamtes vorläufig erweisen nachweislich haben, die Einübung

mit den Waffen auf einen vollen Jahreskursus ausgedehnt werde und so auszugestalten sei, daß die Heranzubildung von Volksschullehrern, soweit thunlich, zu brauchbaren Unteroffizieren erfolge. Auch neue Schicksalszeichnungen hat der Kaiser gestiftet. Sie bestehen in einem am Oberarm zu tragenden „Kaiserzeichen“. Der Staatssecretär des Reichspostamtes, Herr von Stephan, hat, was die Postunterbeamten über ihr schweres Loos trösten wird, den Rang eines Staatsministers, Herr von Lucanus, der Unheilsbote fallender Minister, hat den „Rang unmittelbar hinter den Staatsministern erhalten. Köller, Justizminister Schönstedt und Landwirtschaftsminister Hammerstein erhielten hohe Orden.

Besondere Ehrungen will der Kaiser aus Anlaß der fünfundsingzigsten Wiederkehr der furchtbaren Kriegetage von 1870 dem preussischen Heere verleihen. Und zugleich hat er zu Ehren derselben Erinnerungen dem allerunterthänigsten treuehuldigsten Magistrat und den Stadtverordneten von Berlin seinen Entschluß mitgetheilt, aus seiner Schatzkammer die Siegesallee mit den Standbildern sämtlicher Hohenzollernfürsten außer seinem Vater Kaiser Friedrich III. und je eines charakteristischen Mannes, „sei er Soldat, Staatsmann oder Bürger“ aus der Regierungszeit seiner Vorfahren zu schmücken.

Zu dieser letzteren Verfügung bemerkt die „Berliner Volkszeitung“ treffend:

„Wir finden es begreiflich, wenn der deutsche Kaiser das Bedürfnis empfindet, seinem Hause neuen Schmuck zu verleihen und zur Aneinerung die für dieses Haus vollbrachten Thaten der Armee aufs neue zu verherrlichen. Daß das deutsche Volk in dieser Richtung völlig abweichende Anschauungen von denen des Kaisers hat, bleibt darum nicht minder Thatsache. Die gährende und immer tiefer greifende Unzufriedenheit weiter Volksschichten beruht eben darauf, daß allzulange die Massen nur Material für die Zwecke weniger seien es Dynastien oder begünstigte Klassen, gewesen sind, und das Streben nach einer höheren Auffassung des Staatsgedankens, als Klassenstaat und Monarchie sie gestatten, hat unaufhaltsam sich Bahn gebrochen. Mit 150 000 Stimmen hat das arbeitende Volk Berlins am 15. Juni 1893 Protest erhoben gegen eine Politik, die in den blutigen Reichensfeldern und den qualmenden Dörfern der Schlachtfelder Ruhmesstätten erblickt. Und mächtig wächst im deutschen wie im französischen Volke das Bewußtsein, daß das wirtschaftliche, das sittliche Wohl der Massen die Aufgabe der Gemeinschaft sei, nicht die Herrschaft und die Interessen einer Minderheit. Weit hinweg von den blutigen Greueln vergangener Zeiten wenden sie ihre Augen nach einer lichten Zukunft der Freiheit und des Friedens, die der Propheet geahnt hat, da er sagte: Sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Sicheln und ihre Lanzen zu Rebenmessern. Kein Volk wird mehr das Schwert erheben gegen ein anderes und nicht mehr werden sie den Krieg erlernen. So stehen zwei Weltanschauungen sich gegenüber, unvermittelt, unversöhbar. Aber der endgültige Sieg muß der höheren Auffassung gehören. Darob getröstet wir uns des Jammers der Gegenwart und des Frohlockens der Herren von heute.“

einem Tische zu, und auf diesem lag eine Palette, Pinzel und eine mit flüchtigen Strichen hingeworfene Zeichnung, die, wie man deutlich erkennen konnte, für einen Fächer bestimmt war. Das junge Mädchen lud Andree ein, Platz zu nehmen, während sie sich ansah, ihre Arbeit wieder anzunehmen.

„Zeichnen Sie, Fräulein,“ begann Andree plötzlich, „aber es wäre mir lieber gewesen, wenn ich Ihren Herrn Großvater gleich getroffen hätte. Es wäre richtiger, — schließlich gewesen. Aber ich muß Ihnen doch gestehen, daß ich eigentlich nur Ihre wegen gekommen bin.“

„Reinetwegen, mein Herr?“ Und der Ton ihrer Stimme und ihre Augen brachten Esthmann über das Gehörte aus. „Sie haben gewiß eine Bestimmung für mich?“ sagte sie hinz.

„Nein, mein Fräulein, ich komme, um Ihnen meinen Dank abzulassen,“ erwiderte Andree.

„Für? Aber ich kann Sie ja gar nicht!“ „Da sind Sie in einem Irrthum, Sie haben mich gestern Abend aus einer sehr unangenehmen Lage befreit.“

Das junge Mädchen machte eine Gebärde der Ueberraschung; sie wendete sich, um das Gesicht des Zeichners, den sie bisher kaum angesehen hatte, genauer betrachten zu können. Ihre Augenbrauen zogen sich zusammen, und in auffallend klarem, beinahe unsterblichem Tone sagte sie jetzt langsam:

„In der That, mein Herr, nun erkenne ich Sie

Aber Sie hätten sich den Gang erlösen können. Ich habe kein Recht auf Ihre Dankbarkeit. Das Wenige, was ich gethan habe, that ich weder für Ihre Person noch etwa aus reiner Menschlichkeit. Ich sah nur unsere Freunde im Begriffe, eine Feindschaft zu begeben, indem sie sich auf einen führten. Ich dachte in dem Augenblick auch daran, daß sie sicher verolgt und verhaftet werden würden, wenn Sie auch nur die geringste Ermahnung rasorgemessen hätten. Da habe ich lieber einem Fremden, einem Feinde zur Flucht verholfen, als daß ich zuließ, daß unsere Freunde sich compromittirten. Das ist alles!“

Jetzt war an Andree die Reihe, erstaunt zu sein. Einen solchen Empfang hatte er nicht erwartet. Er schloß sich verlegt, gedemüthigt, aus der Fassung gebracht. Aber er hätte kein Wort sein müssen, um sich so schnell geschlagen zu bekennen. Er entgegnete nach einem Augenblick des Schwagens:

„Ich gebe zu, Fräulein, daß das Verhalten eines meiner Freunde Ihnen unangenehm erscheinen mußte, und ich bitte Sie für ihn um Entschuldigung deswegen. Aber wir hatten nicht im geringsten die Absicht, irgend Jemandem zu verletzen, und ich würde untröstlich sein, wenn Sie auch mich als Feind betrachteten.“

Das junge Mädchen hatte für diese Worte nur ein ironisches, fast lächelndes Lächeln:

„Ich glaube wohl, daß Sie nicht die Absicht hatten, eine ganze Versammlung zu beschlagen. Aber wenn ich Sie als Feind betrachtete, so denke ich dabei weder an mich, noch an die Versammlung, die Sie

gehört haben. Ich will damit sagen, mein Herr, daß Sie und Ihre Freunde als Bourgeois nothwendig unsere, aller Arbeiter Feinde sind. Es ist das nicht meine Schuld, auch die Ihre ge nicht, gewiß nicht, wenn die Welt in zwei Klassen geschieden ist, die einander auf Tod und Leben bekämpfen. Aber das eine steht fest, daß wir nichts gemeinsam haben, noch nach Lage der Dinge überhaupt gemeinsam haben können.“

„Ah, Sie wiederholen mir da die Rede von gestern Abend,“ rief Andree, der nun seinerseits eine kleine ironische Spitze durchblicken ließ. „Kann man denn aber zwischen den beiden Feldlagern nicht neutral bleiben?“

„Neutral! Ja, gewiß ist das möglich, wenn man weder ein Bürger noch ein Mann ist. — Da kommt übrigens mein Großvater. Es wird Ihnen das alles besser auseinanderlegen, als ich.“

Man hörte, wie ein Schlüssel in das Schloß der Entree Thür gesteckt und herumgedreht wurde. Während der neue Ankömmling die Thür öffnete, wieder schloß und durch den Corridor schritt, konnte Andree das junge Mädchen, das den Schirm von der Lampe nahm, genau betrachten. Ihr Kopf war jetzt voll beleuchtet. Dichtes, schwarzes, welliges Haar, eine hochwachsliche Stirn, große schwarze Augen, in denen ein verhaltenes Feuer glänzte, eine feine gerade Nase, ein bläulicher, matter Teint, der echte Pariser Teint, das war alles, was er zuerst bemerkte.

(Fortsetzung folgt)

— Antrag Rantz. Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ des Reichstages hat jetzt beschlossen, den Antrag Rantz in folgender neuen Fassung im Reichstag einzubringen:

„Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichszankler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach 1) der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluß der Mühlenfabrikate, ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgt; 2) die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Perioden 1850—1890, die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate den Getreidepreisen entsprechend nach dem wirklichen Ausbeuteverhältnis bemessen werden, so lange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind; 3) über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlenfabrikate zu erzielenden Ueberschüsse derart Bestimmung getroffen wird, daß a. alljährlich eine den jetzigen Getreidezoll-Einnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt wird, b. zur Ansammlung von Vorräthen für außerordentliche Bedürfnisse (Kriegsfälle u. s. m.) die nöthigen Mittel bereitgestellt werden, ein Reservefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher In- und Auslandspreise die Zahlung der an die Reichskassen jährlich abzuführenden Summe a sicher zu stellen.“

Daß es sich hier um einen agrarischen Konflikt allergrößten Stiles handelt, haben wir schon früher hervorgehoben. Wenn das Getreide billig steht auf dem Weltmarkt, dann wollen sich die Großgrundbesitzer durch den Staat die hohen Preise garantiren lassen, die in früheren Jahrzehnten bei uns für Getreide gezahlt werden mußten, bevor noch die ausländische Konkurrenz auf die Erniedrigung der Getreidepreise eingewirkt hatte. Steht aber der Weltmarktpreis über jenem vom Grafen Rantz vorgeschlagenen Durchschnitt, dann rechnen die Herren Agrarier natürlich auch noch diesen Extraprofit mit.

Außerdem hat die „Wirtschaftliche Vereinigung“ beschlossen, den Vorstand zu ermächtigen, zu einer ihm gelegenen erscheinenden Zeit eine Interpellation an die verbündeten Regierungen zu richten, welche gesetzliche Maßregeln die verbündeten Regierungen zur Hebung der Getreidepreise anzuwenden gedächten.

— Junker und Volksschullehrer. Daß der ritterschaftliche Lehrer vom ersten Athemzuge im Schulamt bis zum Grabe in die Hand der Gutsherrschaft gegeben ist, haben wir des öfteren klargestellt, schreibt die „Preuß. Lehrerzeitung“, daß sich die Macht des Junkers aber auch auf die Frau des Lehrers erstreckt, möge folgendes Beispiel zeigen. In Süßzin bei Sternberg verlangt die Gutsherrschaft, daß die Lehrersfrau sechs Wochen in der Erntezeit des Abends unentgeltlich Hofkühe melkt! Wie gefallen den Lehrern ihre staatszerhaltenden Bundesgenossen?

— Die Duellangelegenheit Stumm-Wagner, die noch nicht beigelegt ist, vielmehr immerhin noch zu einer wirklichen Kauferei zwischen den beiden konservativen Staatsräten führen kann, wird in konservativen Kreisen selbst sehr unangenehm empfunden, besonders im Hinblick auf die gegenwärtig vorliegende Berathung der Umsturzvorlage. Der erzconservative „Reichsbote“ schreibt:

„Selbstverständlich verdammt es der „Vorwärts“ nicht, diese ganze Geschichte für seine Zwecke auszunutzen, indem er dazu bemerkt: „Das Gesetz verbietet das Duell. Und das Gesetz ist das Fundament von Ordnung und Sitte. Die Religion verbietet das Blutvergießen, und das Blut des Nächsten zu vergießen, ist der Zweck des Duells. Unsere Genossen in der Umsturzcommission werden nicht verfehlen, die seltsame Art, wie der Vater des „Umsturzgesetzes“ für Religion, Sitte und Ordnung“ kämpft, gebührend zu beleuchten. „Es ist für den ganzen Kampf gegen den Umsturz wahrhaft verhängnisvoll, daß auf Seiten der Ordnungsparteien so viele und so große Fehler gemacht werden, welche die Ordnungsparteien selbst in einem so ungünstigen Lichte zeigen. Hat der „Vorwärts“ mit seinen obigen Bemerkungen nicht recht? In demselben Augenblick, wo man für Religion, Sitte und Ordnung gegen den Umsturz eintritt, darf man keine solche Geschichten machen. Hoffentlich regt dieser drastische, traurige Vorfall auf allen Seiten zu neuem ernstem Nachdenken an. . . Vor allem sollte man endlich auf Seiten der Ordnungsparteien erkennen, daß sie den Umstürzern mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Wenn man selbst die Grundsätze des Christenthums nicht achtet, verliert man auch das Recht, ihre Beachtung von anderen zu verlangen. Je ernster und nachdrücklicher die evangelischen Geistlichen gerade ihre Mahnungen an die Ordnungsparteien und insbesondere an die Arbeitgeber richten, desto mehr thun sie ihre Pflicht. Das Schlimmste, was sie thun könnten, wäre, wenn sie sich scheuten, den Reichen die Wahrheit zu sagen und dagegen den Armen schmeicheln, und sie

auch ihnen gegenüber nicht den Muth der Wahrheit hätten.“

— Die Unverträglichkeit der Sklaverei oder wefererwandter Verhältnisse mit einem bestimmten Grade der wirtschaftlichen Entwicklung ist eine durch die Geschichte längst festgestellte Thatsache. Das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis z. B. entsprach nicht mehr der capitalistisch gewordenen Landwirtschaft, es fiel, und es kam die sogenannte Bauernbefreiung, die mit den schwereren feudalen Lasten auch die feudalen Gerechtfame der Bauern beseitigte. In Deutschlands afrikanischen Colonien erleben wir heute das Gleiche. In der Denkschrift über das Schutzgebiet Togo, an der Küste von Westafrika, die jüngst dem Reichstage vorgegangen ist, findet sich eine bisher noch nicht beachtete, anziehende Stelle (S. 12): „Die Sklaverei an der Küste besteht nur in einem außerordentlich milden Hörigkeitsverhältnis, bei dem sich die Hörigen sehr wohl befinden und dessen Aenderung von Seiten dieser in den seltensten Fällen gewünscht wird. Der Hörige ist in vielen Fällen Familienmitglied, wird vom Herrn ernährt und mit den Kindern des Herrn erzogen und diesen gleich behandelt. Sehr viel besser von Hörigen, besonders die Plantagenbauer, würden heute mit Vergnügen ihren häuslichen Hörigen die Freiheit geben, wenn ihnen damit jede Verpflichtung gegen dieselbe abgenommen würde; der Hörige arbeitet nur, wenn es ihm paßt, und muß doch verpflegt und bezahlt werden, während bei dem Engagement von freien Arbeitern für die ihnen zu Theil gewordene Bezahlung eine entsprechende Gegenleistung an Arbeit verlangt werden kann. Soweit es sich um die Küstengebiete des Togo-gebiets handelt, wird man Sklaverei in nicht allzuferner Zeit nur noch dem Namen nach kennen.“ — Oekonomische Mächte sind es also vor Allem, die Wandel schaffen. Und das ist eine gute Aussicht auch für die Zukunft.

— Zur Frage der bürgerlichen Frauenbewegung ist eine Zuschrift, die Frau Lily von Szyndi dieser Tage an den „Vorwärts“ gerichtet hat, von Interesse. Es heißt da: „In dem in Nr. 18, zweite Beilage des „Vorwärts“ erschienenen Referat über meinen in der Arbeiter-Bildungsschule gehaltenen Vortrag: Die Frau in der Gegenwart, heißt es: „dem Verlangen der Discussionredner, die socialdemokratische Frauenbewegung zu unterstützen, da jeder Socialdemokrat eo ipso Vertheidiger der Frauenrechte sei, wolle sie (die Rednerin) nach Kräften nachkommen.“ Dieser Satz beruht auf einem Mißverständnis. Ich habe in meinem Schlussworte vielmehr gesagt, daß ich nach Kräften dafür wirken wolle, daß die Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung die socialdemokratische Frauenbewegung kennen und ohne Vorurtheil beurtheilen lernen. Es ist nützlich, diesen Sachverhalt festzustellen.

— Kritik an der Umsturzvorlage darf im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Altschadt nicht geübt werden, sie ist demnach auch wohl nach der Meinung der Amtshauptmannschaft unter der Kritik. Alle öffentlichen Versammlungen mit diesem Thema werden verboten. Die öffentliche Ruhe und Sicherheit soll angeblich gefährdet sein, wenn das Volk gegen die Knebelgesetze sich wehrt. Gründe werden dafür nicht angegeben und sie dürften wohl auch an unheilbarer Schwäche leiden! Die Amtshauptmannschaft, so bemerkt hierzu die „Sächs. Arb.-Ztg.“ ganz richtig, liefert so den Beweis, daß unser Versammlungsgesetz das beste Mittel zur Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung ist! Das Umsturzgesetz ist also überflüssig.

— Gegen die socialdemokratische Jugendliteratur? Der „Vorwärts“ meldete vor einigen Tagen: „Wir erfahren, daß der Kaiser im Laufe des gestrigen Tages mit Lectüre beschäftigt, dabei auch auf einen Aufsatz über socialdemokratische Jugendliteratur gestoßen sei. Er habe diesen aufmerksam gelesen und dann zu dem anwesenden Herrn von Lucanus geäußert, ob sich gegen diese socialdemokratische Jugendliteratur nicht etwas thun ließe, worauf der besagte Herr v. Lucanus, der ja auch sonst neuerdings zu großer Berühmtheit gelangt ist, versprochen habe, sich darüber mit dem Justizminister ins Einvernehmen zu setzen. Ob es nun wirklich den Herausgebern unserer Jugendliteratur an den Krügen geht, muß abgewartet werden.“

Die bürgerlichen Blätter zerbrechen sich nebenbei den Kopf darüber, wie der „Vorwärts“ zu so trefflichen Auskunftspersonen komme. Es zieht eben außer in den Kreisen der Arbeiter auch noch in — anderen Kreisen Socialdemokraten.

Italien.

— Crispi arbeitet nach alten Mustern. Stets hat man bei Gefahren innerer Verwickelungen das Volk mit äußeren kriegerischen Erfolgen von der Betrachtung der inneren Lage abzulenken gesucht; so machte es

Napoleon III., so der Czar im Jahre 1877. Ob das gleiche in Italien gelingen wird, bleibt dahingestellt. Interessant ist aber jedenfalls die folgende Meldung: In Regierungskreisen scheint man sich sehr viel von den Siegen des Generals Baratieri zu versprechen und hofft durch das glückliche Vorgehen in Massauah die erschütterte Autorität bezüglich der inneren Politik wieder zu gewinnen. Der Ministerrat soll beschließen haben, das Protectorat auf die in den Colonien von Ugithua wohnenden Stämme auszudehnen und alsdann die zuerst nach Afrika bestimmten 10,000 Mann dorthin zu senden.

Belgien.

— Ueber die Vorgeschichte der letzten Ereignisse in der Deputirtenkammer, welche bekanntlich Ursache wurden, daß der allgemein beliebte Präsident Santsheere sein Amt niederlegte, bringt der Correspondent der „Bosch. Ztg.“ folgenden interessanten Bericht der zugleich ein grelles Licht auf die schmachvolle Goldgrube und Ausbeutungssucht belgischer Großcapitalisten wirft. Es heißt in dem Artikel: „Schon vor einigen Tagen hatte der Center Socialisteführer und Leiter des „Booruit“, der Deputirte Anseele, bittere Klage darüber in der Repräsentantenkammer erhoben, daß der Justizminister und die Center Staatsanwaltschaft nicht gegen die Center Großindustriellen einschreiten, obwohl diese gegenwärtig ihre Arbeiter schädigen und die Rechte der Arbeiter mißachten. Obwohl die Center katholischen Arbeiterdeputirten die Beschwerden Anseeles für berechtigt erklärten, nahm der Justizminister die Center Staatsanwaltschaft in Schutz und versicherte, die erhobenen Anschuldigungen seien zu unbestimmt gehalten. In der gestrigen Kammer Sitzung entrollte nunmehr der Deputirte Anseele ein ergreifendes Bild der in den großen Center Webereien und Spinnereien herrschenden Zustände. Schon seit dem Jahre 1891 beschwerten sich die Center Arbeiter vergebens bei den Industrie- und Arbeitsräthen, daß sie bei der Auszahlung der Löhne betrogen werden. — Man verweigert ihnen die Kenntnißnahme der Tarife, man berechnet ihnen 100 Meter statt der gefertigten 110 Meter; bei dem Messen der Länge der Stücke, bei dem Wiegen der Gespinnsche werden planmäßig die Zahlen unrichtig angegeben und die Löhne gekürzt. Die großen Fabriken von Moerman, Depaun, Bandewaele, Boortman, Tollenaere, die 30 Prozent Dividende zahlende Gesellschaft „La Lys“ schämen sich nicht, auf diese unehrliche Weise den Arbeitern die Löhne um 0,25 Fr. der Lohnberechnung zu kürzen. In Belgien gebe es zwei Gerechtigkeiten, die eine für die Armen, die einen langen Arm hat und leicht schnell die Schuldigen trifft, die andere für die Reichen, die blind ist, nichts sieht und niemals Schuldige findet. Dafür bieten man den bestohlenen Arbeitern aus Erbarmen schlechte Suppen und alte Kleidungsstücke; die Arbeiter weisen sie zurück; sie verlangen ihren vollen Arbeitslohn und haben das Recht, von ihrer Arbeit zu leben. „Gehen Sie in sich! Achten Sie die Arbeiter! Erhöhen Sie die Löhne! Sie innen es! Sonst ziehen Sie großes Unheil auf unser Land, während Sie andernfalls ihm den socialen Krieg ersparen!“ Der Center clericale Deputirte Seman, der fortwährend diese Rede Anseeles trotz zweimaliger Ordnungsrufe durch ungebührliche Zurufe unterbrochen hatte, wollte nunmehr „die Rede dieses Besessenen“ beantworten. Kammerpräsident De Santsheere forderte die Zurücknahme dieses Ausdruckes und entzog, da Seman es verweigerte, ihm das Wort. Hiergegen erhob Seman Einspruch und als der Präsident das Haus befragte, ob es seine Maßnahme billige, erhob sich nur die Linke; die Rechte blieb sitzen. Der Kammerpräsident gab sofort seine Entlassung, verließ seinen Sitz und war trotz aller Bitten nicht zu bewegen, den Vorsitz zu behalten; die Rechte wollte durch ihr Eigenbleiben gegen die Rede Anseeles Einspruch erheben, verlor aber den besten Kammerpräsidenten durch ihre Kurzsichtigkeit. De Santsheere war ein Mann von politischem Scharfblick und strengster Unparteilichkeit. Die gesammte Presse fordert die sorgsamste Untersuchung der von Anseele vorgebrachten Thatsachen und falls sie sich als richtig erweisen, unnachsichtliches Einschreiten der Staatsanwaltschaft. Nicht nur in den Spinnereien, sondern auch in den Glasfabriken Belgiens werden die Arbeiter bei dem Messen betrogen und der Socialist Anseele hat nur seine Pflicht erfüllt, indem er den Eigennutz der Großindustrie an den Pranger stellte.“

Frankreich.

— Ueber die Aussichten des neuen Ministeriums wird der „L. B.“ aus Paris geschrieben: „Es scheint, als ob Herr Faure nur darum der radicalen Abgeordneten des Marne-Departement, Herrn Leon Bourgeois, mit der Cabinetsbildung betraut

hatte, weil er im vorhinein mußte oder wenigstens begründete Hoffnung hatte, daß dieser kein Ministerium zu Stande bringen werde, da es sich sonst kaum erklären ließe, warum er, nachdem Herr Bourgeois mit der ihm übertragenen Mission scheiterte, Herr Ribot damit beauftragte, d. i. einen derjenigen Abgeordneten, die in der Sitzung vom 14. Januar, in der das Ministerium Dupuy zur Demission gezwungen wurde, mit diesem unterlegen sind. In der That figurirt Herr Ribot unter denjenigen „Regierungsrepublikanern“, die mit den Radikalen und Merikalen für die von Dupuy befürwortete, aber von der republikanischen Kammermehrheit abgelehnte Tagesordnung gestimmt hatten. Ein Cabinet Ribot kann und wird darum kaum etwas anderes als eine Neuauflage des Dupuy'schen Cabinets sein, aus dem es wohl auch einige Mitglieder herübernehmen wird. Gleichgiltig übrigens, wie es sich zusammensetzen wird — zur Stunde ist es noch nicht gebildet — so kann man doch schon im vorhinein sicher sein, daß es eine Concentration panamälenfreundlicher und arbeiterfreundlicher Elemente sein wird. Daß es unter solchen Umständen, wenn überhaupt lebensfähig, kaum die Budgetberatung überdauern wird, und auch dies nur mit Hilfe der verkappten und offen monarchistischen Abgeordneten, ist voranzusagen. In keinem Falle dürfte es die reformfreundlichen, geschweige denn die socialistischen Abgeordneten, somit die eigentlichen Republikaner, auf seiner Seite finden. So hat die fortschrittliche Linke folgende Tagesordnung angenommen: „Die fortschrittliche Linke treu ihrem Programm, erklärt, daß sie jedes Ministerium unterstützen wird, das entsteht, die Verwirklichung der demokratischen und socialen Reformen anzustreben und sich nur auf ausschließlich republikanische Elemente zu stützen.“ Die eben als angenommene Tagesordnung der socialradicalen Gruppe lautet: „Die unter dem Vorsitz des Herrn Goblet vereinigte socialradicalen Gruppe constatirt aufs neue, daß sie von jezt an die Tagesordnung der Union vollständig fern gehalten ist und erklärt, daß sie überzeugt ist, daß das Land jeden Compromiß mit der Radikalen immer mehr und mehr zurückweist, nur einem Ministerium ihre Mitwirkung geben kann, das sich in der Kammer wie im Lande auf ausschließlich republikanische Elemente stützt und die demokratische Reform der Steuer zu seinem ersten Programmpunkt macht.“ Damit ist das Cabinet Ribot von vornherein gerichtet. Und wenn der Kampf gegen dasselbe über es hinausgeht, dann wird es sich Herr Faure nur selber zuschreiben haben, der wider allen parlamentarischen Brauch einen Abgeordneten der Minorität — warum nicht gleich Herrn Dupuy selber? — mit der Cabinetbildung betraut hatte.

Auch die Socialisten rücken dem neuen Ministerium ganz gehörig auf den Leib. Der „Autorité“ zufolge werden dieselben folgende vier Interpellationen einbringen: 1. Herr-Faure die Haltung des Staats in den Panamäscandalen und die Gründe, die ihn verhinderten, die 104 beteiligten Deputirten, die ihm bekannt geworden, zu verfolgen; 2. Die Rolle Ribots in der Affaire Arons, des Panamäscandales, der nie erwischt wurde, weil die Polizei ihn, den Minister der Corruption „hoher Herrin, nicht fangen wollte; 3. Die Verbindungen Ribots mit Cabinet, dem Journalisten Crespierches. Die vierte Interpellation wird an den Justizminister gerichtet, sie wird die Maßnahmen in der Südbahnaffäre betreffen.

Spanien.

Das schon Spanien scheint wirklich ein Culturland ersten Ranges zu sein. Nach Verbindungen aus Madrid belausen sich die Schulden Spaniens an rüchständigen Lehrergehältern auf 7,830,860 Pesetas, an unbezahlten Lehrgeltern auf 2,697,053 Pesetas. Von den Lehrergehältern schuldet Malaga allein 1,024,522 Pesetas, Barcelona 889,745 Pesetas. Um den Kosten eines Gemeindefürstern in Salazar bewarben sich 23 Volksschullehrer und ein Mittelschullehrer. — Da fehlt es denn auch nur noch, daß das gegenwärtige spanische Ministerium die Abticht hat, einen Getreidezoll einzuführen, um Spanien auf den Gipfel der Cultur zu heben. Fürwahr, es ist schier ungläublich, mit wie viel — Verstand so manches Land und Volk regiert wird.

Parteiangelegenheiten.

Der 6. Parteitag der rheinischen Socialdemokratie fand am 20. und 21. Januar in Duisburg statt und war von 54 Delegirten besucht, die 38 Orte vertraten. Der Bericht des Agitations-Comittees veranlaßte eine lebhafte Debatte über folgende Anträge, welche auch zur Annahme gelangten: 1. Bei Jahresabschluss haben die Delegirten der verschiedenen rheinischen Bezirke dem Agitations-

Comitee ihren Jahresbericht einzusenden, damit auf dem rheinischen Parteitage dieses in der Lage ist, einen vollständigen Bericht über die Gesamtbewegung geben zu können. 2. Das Agitations-Comitee wird verpflichtet, in Zukunft alle Besamtmachungen und Berichte an alle rheinischen Parteiblätter gleichzeitig einzusenden. — Nach einem Referat des Genossen Meiß-Köln zur „Landagitation“ fand folgende Resolution einstimmig Annahme: Der rheinische Parteitag erklärt im Einverständnis mit dem Referenten: die socialdemokratische Agitation unter der landwirtschaftlich thätigen Bevölkerung muß unter allen Umständen an dem grundsätzlichen programmatischen Standpunkte: die Vergeßlichkeit der Grund und Bodens neben dem der übrigen Produktionsmittel, festhalten. Es ist unzulässig, dem ländlichen Kleinbesitz die Hoffnung auf Erhaltung des Kleinbesitzes zu nähren oder Vorschläge zu machen, welche eine Veranlagerung des Grundbesitzes der Kleinbesitzer bedeuerten. In der Rheinprovinz ist der Anstieg der landwirtschaftlich thätigen Bevölkerung an die Socialdemokratie im Sinne des Programms um so weniger zu verhindern, als diese landwirthschaftliche thätige Bevölkerung sich als Anrecht, landwirthschaftliche Tageslohn, Bauern ohne Knechte, Personen mit halb handwerkemäßiger, halb landwirthschaftlicher Beschäftigung in vortheilhaften Verhältnissen befindet. — Zum Punkt: Presse, werden die Sollinger Angelegenheiten erörtert und zu dem von uns ebenfalls bereits mitgetheilten erweiternden Absicht gedruckt. Überdies wurde wieder als Sitz des Agitationscomitees bestimmt. — Zur Massenabrechnung ist noch nachgetragen, daß der Einnahme von 21907 Mk. eine Ausgabe von 25233 Mk. gegenüberstand. — Der nächstjährige Parteitag wird in Solingen stattfinden.

Gewerbesocietäts Wahlen. In kommunalen Bürgermeistereien des Bezirks Solingen, sowie in der Stadt Solingen selbst, folgten am 25. d. M. langgehinderten Wahlen zum Gewerbesocietäts-Vorstand. Die Liste der socialdemokratischen Union, die mehrere Stimmen erhielt, wurde nirgends abgelesen, wobei Candidaten wurden überall einstimmig gewählt.

Parteitag in München. Der Parteitag der Münchener Volkspartei, dem heute einer Parteiverammlung in München die Aufmerksamkeit zuwenden, war in der Sitzung vom 27. d. M. anberaumt worden und das Vortragsprogramm auf eigenen Beinen. Der Parteitag ist es mit dem Parteitag in Solingen, der eine bedeutende Zustimmung von Seiten der Partei erlangte, was zu dem Entschluß geführt hat, dasselbe vom 1. April ab aufzugeben und die Partei zu einer anderen Zusammenkunft im nächsten Jahres zu veranlassen.

Zwei Jahr vorläufig und 1350 Mark Geld. Strafe wurden am 20. d. M. gegen die Redacteure der beiden hiesigen Arbeiterblätter, das „Socialistische Volk“ und das „Arbeiterblatt“ durch den Landgerichtspräsidenten verhängt. Die Strafe wurde durch den Landgerichtspräsidenten verhängt. Die Strafe wurde durch den Landgerichtspräsidenten verhängt.

Arbeiterbewegung.

Au die deutschen Arbeiter der Beschäftigten-Branchen. In den nächsten Tagen wird die erste Bundestagung der Arbeiter der Beschäftigten-Branchen stattfinden. Die Bundestagung wird in der nächsten Woche in der Stadt Solingen stattfinden. Die Bundestagung wird in der nächsten Woche in der Stadt Solingen stattfinden.

Die Arbeiter und Schriftsteller während der Bundestagung. Die Arbeiter und Schriftsteller während der Bundestagung. Die Arbeiter und Schriftsteller während der Bundestagung. Die Arbeiter und Schriftsteller während der Bundestagung.

Die Arbeiter und Schriftsteller während der Bundestagung. Die Arbeiter und Schriftsteller während der Bundestagung. Die Arbeiter und Schriftsteller während der Bundestagung. Die Arbeiter und Schriftsteller während der Bundestagung.

sie aus dem Verein der Buchdrucker und Schriftsteller während ausgetreten sind, widrigenfalls sie ebenfalls entlassen werden.

Sociale Uebersicht.

Arbeiterentlassungen im rheinisch-westfälischen Bergwerkrevier. Ueber 1000 Bergleute haben am 15. d. dieses Monats bereits die Arbeit erhalten und noch ist es des Glends nicht genug. Wie der „Köln. Volksz.“ gemeldet wird, sollen zum 1. Februar weitere Kündigungen stattfinden, so auf der Zeche Hibernia, Conspiration, Holland, Nordstern und andere mehr. Bei den gedruckten Löhnen und den massenhaften Feierschichten war es den Bergleuten nicht möglich, Ersparnisse zu machen. Arbeit giebt's auch nicht, denn die meisten Gemeinden legen die Hände in den Schoß und die industriellen Werke sind selbst zu Arbeiterentlassungen genöthigt. Der arbeitslose Bergmann ist dem Glend rettungslos verfallen. Hier helfen Almosen nicht mehr. Hier müssen die Gemeinden eingreifen. Schuldlos leiden die Arbeitslosen unter dem Glude der „besseren der Gesellschaften“; Pflicht dieser ist es, ihnen zu helfen. Und kann sie's nicht — so muß sie abtreten und dem Socialismus Platz machen. — Feierschichten sorgen jetzt überall dafür, daß die noch Arbeitenden nicht viel besser gestellt sind als die Arbeitslosen. Der Arbeiter muß wieder einmal die Ungunst der Conspiration mit Noth und Glend ausbaden, während es den Kohlenactionär immer noch ganz leidlich geht.

Welchen Umfang die Stellenlosigkeit der deutschen Handlungsgehilfen in London gegenwärtig erreicht hat, ist aus der Thatsache ersichtlich, daß zahlreiche Bewerber sich erboten, ohne Gehalt zu arbeiten, während das Höchstmäß des von den Stellenjuchenden beanpruchten Salaires nicht über 15 s., also etwas mehr als 15 Mark die Woche hinausgeht. Und selbst um diesen Preis ist, wie gejagt, häufig keine Beschäftigung zu finden, da viele englische Firmen, durch die Lage über das immer weitere Vordringen des deutschen Elements beeinträchtigt, grundsätzlich nur englische junge Leute einstellen.

Der VIII. deutsche Handwerkerkongress soll, wie der leitende Ausschuss bekannt giebt, vom 21. bis 23. April in Halle abgehalten werden. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Stellungnahme zu den Regierungsplänen betreffs Organisation des Handwerks. 2. Befähigungsnachweis. 3. Obligatorische Lehrlinge. 4. Stellungnahme zur Novelle des Handwerkerbundes. 5. Der Handwerkerbund. 6. Weitere Verhandlungen, Lehrlingsarbeit, Conspiration u. — — — Der Kongress muß bis zum 7. April an den Centralvorstand des Handwerkerbundes in München eingereicht sein.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht.“)

25. Sitzung. Am 20. Januar, Nachm. 1 Uhr. Präsident von Seefeld eröffnet die Sitzung. Am Ende des Bundesrats Dr. von Börsch, Herr von Marschall, Graf Solodowski, Herr v. Bielefeld.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der Kaiserlichen Verordnung betr. die Erhebung eines Zollzinses für aus Spanien und den spanischen Colonien kommende Waaren. Zu derselben ist vom Abg. v. Salisch (deutschcons.) folgende Resolution beantragt: „Die verbündeten Regierungen zu eruchen, dem Reichstag schleunigst einen Gegengewert vorzulegen, durch welchen in Erwägung des 9. des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 Zollfreie Waaren unter der dort vorgezeichneten Voraussetzung mit Zöllen belegt werden können.“

Abg. Dr. Barth (freil. Vereinig.) weist dieser Resolution gegenüber darauf hin, daß Waaren zumehr nicht im Interesse des Auslandes, sondern in dem der heimischen Industrie oder der Continenten Zollfrei gelassen würden. Belege man solche Waaren mit Zöllen, so verlege man also ein nationales Interesse. Nicht fatal könnte das Beispiel für uns aber erst werden, wenn andere Staaten es uns gegenüber nachahmten. Unser Verhältnis zu Spanien würde durch eine solche Maßnahme nur verschlimmert, die Möglichkeit einer Beendigung des Zollkrieges hinausgeschoben werden. Man könne allerdings das Vertrauen zur Regierung haben, daß sie die Interessen unserer Industrie möglichst schonen werde, aber im Zollkrieg handle es sich um schnelle Entschlüsse, die doch oft verfehlt sein könnten. Er bitte daher die Resolution von Salisch abzulehnen.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) bittet, die Resolution von Salisch anzunehmen mit dem Zusatz, daß auch die Zölle für zollpflichtige Waaren bis auf das Doppelte erhöht werden können. Die Bedenken des Barredners erledigten sich schon dadurch, daß andere Staaten in ihren Zollgelegen Veranlassungen, wie sie Herr von Salisch und Redner beantragten, hätten. Vor einer mißbrauchlichen Anwendung brauche man keine Besorgnis zu hegen. Die verbündeten Regierungen seien nicht thöricht genug, um etwa auf's Blinde hundert Zollrückstellungen einzuführen.

Abg. v. Salisch (deutschcons.) erkennt an, daß der Antrag Hammacher eine Verbesserung keineswegs sei. Er schläge eine Commissionsberatung vor, um eine unzeitige Haltung zu gewinnen, auf Grund deren wir den Zollkrieg erfolgreich durchführen könnten.

Abg. Dr. Barth (freil. Vereinig.) warnt nochmals vor der Annahme der Resolution Salisch und erinnert daran, wie empfindlich bei uns die Kampfzollmaßnahmen Amerikas angenommen worden seien.

Abg. Herr v. Stumm, der mit den Anträgen Salisch und Hammacher einverstanden ist, schlägt vor, dieselben ohne die Vorlage der bereits bestehenden Zolltarifcommission zur Vorberatung zu überweisen.

Rückdem noch Abg. Dr. Hammacher (natl.) für seinen Antrag gesprochen, schließt die Discussion. Die Vorlage wird angenommen, die Resolution von Salisch und der Antrag Hammacher werden der Com-

mission zur Vorberathung der Novelle zum Zolltarif über-

Es folgt die erste Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung betr. das Wandergewerbe u. s. w. in Verbindung mit der ersten Lesung des von den Abgeordneten Groeber und Genossen (Centr.) beantragten Gesetzes betr. die Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Wandergewerbe.

Abg. Dr. Schädlcr (Centr.) drückt seine Freude darüber aus, daß gerade die bayerische Regierung die Anregung zu der Novelle gegeben habe. Er beantrage dieselbe mit dem Antrage seines Freundes Groeber einer Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen. Die Vorlage zeichne sich durch Deutlichkeit und Uebersichtlichkeit aus. Was den materiellen Inhalt der Novelle betrifft, so sei er davon überzeugt gewesen, daß sie sich nicht auf das Wandergewerbe beschränke, sondern auch eine Reihe anderer Gewerbebetriebe umfasse. Da billige er vor Allem nicht die Beschränkung der Kranken- und Irrenanstalten, falls sie Nothwendigkeit und Belästigungen hervorrufen könnten. Mehr begehren würde er sich mit der Beschränkung des Schaupielgewerbes, nur sollte die sittliche und finanziell Befähigung der noch weit mehr in den Vordergrund gestellt werden. Gegen die Beschränkung des Betriebes von Consumvereinen werde das Centrum sicher nichts einzuwenden haben, dagegen dürfe man andern Vereinen die Beschränkung nicht vorlegen. Für manche Vereine könnte auch leicht die Beschränkung aus religiösen oder politischen Gründen vernünftiger werden. Wenig einzuwenden sei gegen die Beschränkung des Kleinhandels mit Bier, der zwar eine gewisse sociale Bedeutung habe, aber den Gastwirthern viel Konkurrenz mache. Eine erhebliche Einschränkung des Wirtelhandels würde nicht zu erzielen sein. Dazu würde man sich nicht entschließen, da man die Strafbestimmungen erhöhe und vor Allem Freiheitsstrafen einführe. Die Beschränkung des Geschäftsbetriebes der Droguisten würde zu sehr nützlichen Consequenzen führen. Bei manchen Droguisten würden die Bestimmungen zur Aufgabe des Geschäftes führen müssen. Eine Regelung in dieser Angelegenheit sei am besten zu erzielen, wenn man auf eine Herabsetzung des Preises der Apotheken und Medicamente hinwirte. Was endlich die Novelle über das Wandergewerbe betrage, sei eigentlich wenig errentlich. Das einzige Entgegenkommen der Regierung liege darin, daß die kleinen Kleinhändler den Vorschriften gleichgestellt würden und daß man dem Vertriebe des Wandergewerbes gewisse Waaren entziehe. Das ermuntere lebhaft an das Wort vom Wachsen des Reizes, eine ihn maß zu machen. Die Wünsche des Handwerks würden in der Novelle nicht entfernt die Berücksichtigung, wie in dem Antrag Groeber. Auch dieser stelle den Handwerkern nicht als minderwertig hin, aber er wolle doch die Mißstände beheben, die in so hohem Maße hervorgerufen seien. Den Handhandel zu unterdrücken liege seinen Freunden fern, sie wollten nur die kleinen leibhaften Gewerbebetriebe gegen die illegitime Concurrenz des Wandergewerbes schützen. Wie groß die Gefahr, beweiße die beständige Zunahme der Zahl der Handwerker und Detailreisenden. Seine Freunde müßten aber an der alten Forderung festhalten, daß auch bezüglich des Handgewerbes die Prüfung der Bedarfsfrage erfolgen müsse. Ferner müßten gewisse Waaren vom Handhandel ausgeschlossen werden. Das liege namentlich auch im Interesse der Landwirtschaft. Bekannt sei ferner das Verlangen seiner Freunde, die Concurrenz mit Druckstrichen zu beschränken. Ausgeschlossen vom Handhandel seien Colonials, Material, Manufacturwaaren und Waaren, die handwerksmäßig hergestellt werden. Das kleine Gewerbe sei in Folge der Ausschließungs-Bestimmungen zur Sonntagruhe dem Handhandel gegenüber unglücklicher gestellt, dem muß abgeholfen werden. Bezüglich der zum Wandergewerbe zuzählenden Betriebe erklärte sich die Regierungserlage auf Einführung einer Altersgrenze von 25 Jahren, seine Freunde wollten auch diesen grundsätzlich ausgeschlossen wissen. Die Regierungserlage wäre leider bezüglich wenig und werde nicht dazu beitragen, den Handhandel wesentlich zu beschränken und so das kleine Gewerbe zu schützen.

Abg. Krüger (natl.) Hebelände seien im Handgewerbe verhandelt, die der Abreise bedürften. Es frage sich nur, wie weit es damit gehen sollte. Die Vor schläge der Regierung hätten ihm zwar sehr zweckmäßig zu sein, aber doch nicht ganz auszureichen. Der Antrag Groeber gehe in dessen zu weit. In manchen Landesstellen sei der Handhandel absolut unentbehrlich; in anderen konnte es nur darauf an, ihn auf das richtige Maß zurückzuführen. Man sollte den Verwaltungsbehörden einen größeren Spielraum einräumen. Detailreisende und Handwerker seien vielfach nicht mehr zu unterscheiden, sie müßten gleichgestellt werden.

Abg. Dr. Schneider (rech. V.). Die Vorlage wäre besser noch zurückgehalten worden bis nach Beendigung der geplanten Gewerbezahlung. Dann hätte sich Umfang und Vertheilung des Handgewerbes übersehen lassen. Insbesondere sei ihm die Beschränkung der Consumvereine und anderer Vereine. Auch die Erweiterung der Concessionirung von Kranken- und Irrenanstalten finde er bedenklich, ebenso diejenige von Schaupielunternehmungen. Mit der Beschränkung der Handhandels greife man vielfach in wohl-erworbenen Rechte ein. Ungerecht sei es geradezu, die Erweiterung des Wandergewerbebereichs von der Vollendung des 25. Lebensjahres abhängig zu machen.

Abg. von Holtzner (comi.). Seine Partei habe der Vorlage kompromißlos gegenüber. Sie billigen die Beschränkung auf Personen, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt, sie billigen ferner die Beschränkung der dem Handhandel zugehörenden Waaren. Die Detailreisenden seien vielfach nicht von Handwerkern zu unterscheiden, zu Gunsten der Weintraisenden müßten freilich Ausnahmen zugelassen werden. Bezüglich der Droghandlungen möchte er die Einführung des Befähigungsnachweises empfehlen. Er schloße sich dem Antrage auf Verweisung der Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern an.

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Bericht der Geschäftsordnungscommission betreffs die Reihenfolge der Initiativ-entwürfe; Antrag Auer betreffs Aufhebung des Dictaturparagrafen für Elsaß-Lothringen in Verbindung mit dem Antrag Solbus über die

gleiche Materie; Antrag Auer betreffs anderweite Eintheilung der Wahlkreise. Schluß 5 Uhr.

Im Abgeordnetenhaus hielt der neue landwirtschaftliche Minister Frhr. v. Hammerstein die angekündigte große Programmrede, welche die Zeit von mehr als zwei Stunden in Anspruch nahm, sich über alle möglichen landwirtschaftlichen Fragen verbreitete und schließlich auch die Reichsgesetzgebung berührte. Es wurde ein neues Zuckersteuergesetz für dieses oder das nächste Jahr angekündigt mit Erhöhung der Verbrauchsangabe für die Consumen-ten, Erhöhung der Ausfuhr-Prämien für die Zuckerfabriken und mit Steuerzuschlägen für die größeren Zuckerfabriken zur Erleichterung der Concurrenz der landwirtschaftlichen Fabriken. Ebenfalls wurde eine Beamtensteuernovelle angekündigt zu Gunsten der landwirtschaftlichen Brennereien. In Bezug auf den Antrag Graf Kanitz nahm der Minister eine ausweichende Haltung ein und berief sich auf die weitere Prüfung der Frage im Staatsrat. Die Rede wurde im ersten Theile vielfach auf der linken Seite mit Beifall begleitet, von der rechten Seite im Ganzen kühl aufgenommen. Der erste nachfolgende Redner der Conservativen, v. Puttkamer-Plauth, wollte zwar dem Minister sein Vertrauen nicht entziehen, meinte aber, die Rede stelle ein Begräbniß erster Klasse für den Antrag Kanitz dar. Mehr begeistert von der Rede war Ministerialrath Abg. Camp. Er sprach über alle möglichen Dinge freis durcheinander, meinte zu dem Antrag Graf Kanitz, daß derselbe vortrefflich sei, aber erst nach Ablauf der Handelsverträge zur Ausführung gelangen könne. Die Discussion dürfte noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Nächster Redner am Mittwoch ist Abg. Richter.

Die Budgetcommission des Reichstages beschäftigte sich bei dem Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung am Dienstag mit der Frage der Durchführung des Entwurfs der Dienstalterszulagen. Die Frage kam indes nicht zum Abschluß. Vielmehr wurde zur genaueren Feststellung der Gehaltsbezüge, wie sie sich bei vollständiger Durchführung der Dienstalterszulagen gegenüber den gegenwärtigen Gehaltsbeträgen berechnen, eine Subcommission niedergesetzt. Der Referent Möller (Dor-mund) ebenso wie die Redner der Commission hatten befürwortet, das System der Dienstalterszulagen alsbald durchzuführen unter Vermeidung als Schädigungen. Hierauf wird in der Berathung des Extraordinariums fortgeführt und nach längerer Debatte die Forderung von 175,000 Mark als erste Rate zu einem Erweiterungsbau auf dem Grundstückskomplex des Reichspostamts an der Leipziger- und Mauerstraße in Berlin bewilligt. Die Commission ver- tagt darauf die weitere Verathung bis Donnerstag, da morgen die Subcommission zusammentritt.

In der Subcommission des Reichstages, welche mit der Berathung der Justiznovelle befaßt ist, verhandelte man am Dienstag Vormittag über die Paragraphen 27, 28 und 75 des Gerichtsverfassungsgesetzes, welche eine Erweiterung der Competenz der Schöffengerichte bezwecken. Im wesentlichen waren die Redner aller Parteien mit den Vorschlägen des Entwurfs einverstanden. Ein Antrag der Centrumpartei, für sämtliche Beleidigungen die Schöffengerichte zuständig zu erklären, während nach der Vorlage nur für die Privatklagen in Beleidigungssachen die Zuständigkeit ausgesprochen wurde, erlangte nicht die Mehrheit. Ebenso wurde gegen zwei Stimmen ein Antrag des Abgeordneten Dr. Piechel (natl.) abgelehnt, welcher den gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch der Competenz der Schöffengerichte entziehen wollte. — Die Berathungen werden Donnerstag fortgesetzt.

Locales.

Breslau, den 30. Januar 1895.

[Quittungskarten und Beitragsleistung.] Die Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Versicherten, daß letzterer gegen Gewährung eines entsprechend höheren Lohnes die Beitragsmarken selbst beschaffe und einklebe, ist unzulässig und entbindet den Arbeitgeber nicht von der Verantwortung für die ordnungsmäßige Entrichtung der Beiträge. Für eine als Kinderfrau und Wirthin gegen einen Wochenlohn von 1,20 Mark und freie Station beschäftigte Person waren die auf die Dauer der Beschäftigung fälligen Beitragsmarken nicht verwendet worden. Die Arbeitgeberin verweigerte auch die Nachbringung der fehlenden Marken, indem sie geltend machte, daß nach der getroffenen Vereinbarung die Versicherte sich die Marken selbst zu beschaffen und einzukleben gatte. In dem hierüber auf Grund des § 122 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes eröffneten Streitverfahren entschied die zuständige untere Verwaltungsbehörde, daß die Arbeitgeberin zur Nachbringung der fehlenden Beitragsmarken verpflichtet sei und führte in der Begründung aus: Der Einwand der Arbeitgeberin, daß sie der Wirthin nur deshalb den wöchentlichen Lohn von 1 Mark auf 1,20 Mark erhöht habe, damit dieselbe sich die nöthigen Beitragsmarken selbst besorge und einklebe, ist nicht geeignet, die Arbeitgeberin von der Verpflichtung zur Nachbringung der Marken zu befreien, denn dieses Verfahren ist nicht nur unzulässig, sondern wird sogar im § 147 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes mit Strafe bedroht. Nach § 109 a. a. O. muß der Arbeitgeber die erforderlichen Marken aus eigenen Mitteln erwerben und selbst einkleben und er darf nach § 144 a. a. O. die Pflicht nur auf die

der Versicherungsanstalt namhaft gemachten bevollmächtigten Betriebsleiter, nicht aber auf die Versicherten übertragen. Die Hälfte der Beiträge kann er bei der Vornahme der Beiträge in Abzug bringen.

[Der Zutritt zu den Schwurgerichts-Verhandlungen] ist nur gegen Vorzeigung einer besonderen Karte gestattet, die im Polizeipräsidium gegen eine von dem zuständigen Polizei-Commissariat ausgefertigte Legitimation ausgehändigt werden.

[Zurücknahme durchlochter Fahrkarten.] Beim Umtausch unbenutzt gebliebener, bereits durchlochter Fahrkarten sind letztere von den Fahrkarten-Ausgabestellen stets zum vollen Betrage, also ohne Kürzung von 10 Pfg. für eine Bahnsteigkarte zurückzunehmen. Die durchlochten Fahrkarten müssen auch in diesem Falle von dem Stationsbeamten mit dem Vermerk „Wieder gültig“ versehen sein.

[Die Einführung der Rabattmarken des Consumvereins] findet nur noch heut Mittwoch und morgen Donnerstag statt; dann verlieren die Marken ihre Gültigkeit.

[Stadt-Theater.] Heute, Mittwoch, gelangt G. E. Lehmanns dramatisches Gedicht „Nathan der Weise“ zur Aufführung. — Morgen, Donnerstag, geht die komische Oper „Der König hat's gesagt“ von Leo Delibes in Scene.

[Lobe-Theater.] Heute, Mittwoch, geht zum letzten Male Karl Niemanns Lustspiel „Wie die Alten sungen“ in Scene. — In dem, morgen, Donnerstag, zum Benefiz für Wilmh. Hohland zur Auf-führung gelangenden Lustspiel „Die wilde Jagd“ von Ludwig Fulda, welches gegenwärtig am Lessing-Theater in Berlin volle Häuser erzielt, liegen die Hauptrollen in den Händen der Damen Ida Müller, Elisabeth Baumbach, Clara Wendt und Jacobine Grohe, sowie der Herren Wilmh. Hohland, Albert Patry, Hermann Ballentin und Julius Kitz.

[Concordia-Theater.] Zum Benefiz für die beliebte Soubrette Kl. Clara Herwig geht heute, Mittwoch, wie bereits mitgeteilt, die Posse mit Gesang „Der Tanzteufel“ von Mannstadt und Jacobsohn in Scene. Die Benefiziantin spielt die Titelrolle; auch die übrigen Hauptrollen des Stückes liegen in den besten Händen, und auf Concentration und Einstudirung ist die größte Sorgfalt verwendet worden. Bona, Abonnements, sowie Sperrsitze zu ermäßigten Preisen haben heute keine Gültigkeit. — Morgen, Donnerstag, findet die letzte Wiederholung der Gesangsposse „Der Stabstrompeter“ von Mannstadt statt.

[In Eppmanns Panoptikum] ist seit Montag ein Zwergmensch, Dobos Jnos, aus Ungarn zu sehen, welcher in Folge einer merkwürdigen Hemmung im Wachsthum so zurückgeblieben ist, daß er trotz seiner 14 Jahre nur 10 Kilogramm wiegt. Er ist dabei wohlproportionirt. Seine geistigen Anlagen sind allerdings zurückgeblieben; jedoch beweist er in seinen Bewegungen und in seinen Antworten ein sehr lebhaftes Temperament. Seine einzige Leidenschaft ist das Tabakrauchen, und zwar zieht er die Pfeife und Cigarre der Cigarette vor, die doch eigentlich seinem Format am besten anstehen würde. Die Geschwister des Miniaturmenschen sind normal entwickelt.

[Feuer.] Am 29. d. Mts., früh kurz vor 4 Uhr, war vermutlich beim Aufsteigen der Wasserleitung die auf dem Hofe Neue Weltgasse Nr. 42 belegene Closetanlage in Brand gerathen. Das Feuer wurde von der herbeigerufenen Feuerwehr vermittelst der kleinen Handspitze gelöscht.

[Unglücksfälle.] Der Arbeiter Ernst Schaffer aus Groß-Sägewitz, Kreis Breslau, kam bei dem Besteigen eines Wagens zu Fall und zog sich einen Bruch des rechten Armes zu. — Der Fischer Reinhold Pasche aus Stabelwitz stürzte in Folge eines Fehltritts zu Boden und erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels. Diese beiden Verunglückten fanden im hiesigen Hospital der barmherzigen Brüder Aufnahme. — Am 24. d. Mts., Nachmittags, wurde in der Nähe des Königsplatzes eine alte Frau im hilflosen Zustand aufgefunden. Dieselbe gab an, in ihrer Wohnung auf der Alter Sandstraße von einem Stuhle gestürzt zu sein und sich hierbei verletzt zu haben, weshalb sie sich in das Allerheiligen-Hospital habe begeben wollen. Da die Frau nicht mehr weiter gehen konnte, wurde sie mittels Tragbahre in das genannte Hospital geschafft, wo ein Bruch des linken Unterschenkels constatirt wurde.

[Verhaftung einer Einbrecher-gesellschaft.] Am 24. d. Mts., Abends, gelang es der Criminalpolizei, Mitglieder einer weitverbreiteten Einbrecherbande dinakeit zu machen. Die Festnahme erfolgte am 24. d. Mts., Abends in später Stunde. Die ganze Gesellschaft hatte sich in der Wohnung des Olog, Weißberggasse Nr. 63, eingefunden und

konnte so mit einem Schlage unschädlich gemacht werden.

[Diebstahl.] Auf der Neuen Oberstraße wurde einem Kollkutscher von seinem Wagen ein Colli bunt Papier, gez. M. R. W. 1367 gestohlen...

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 28. d. Mts.: aus einer Wohnung am Lehndamm zwei Paar Schuhe; von dem Balcon einer Hochparterrewohnung auf der Humboldtstraße ein Gase...

Töpferversammlung Am Sonntag, den 27. Januar, Nachmittags 4 Uhr, fand in Edlich's Restauration eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Töpfer und Berufsgenossen...

In Erwägung, daß die Centralorganisation ihren Mitgliedern etwas annehmbareres zu leisten nicht in der Lage ist, im Gegentheil die Verwaltung sich immer mehr in Schulden hineinarbeitet...

Die andere Resolution hat folgenden Wortlaut: Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Berichterstattung des Kollegen Standall über die Berliner Konferenz einverstanden...

Für die Sielebrüderer unabhängigen Kollegen wurden 30 Mk., und für einen hiesigen künftbedürftigen Kollegen 15 Mk. als Unterstützung aus dem Reservfonds bewilligt.

Versammlung der Zettler und Zerstörer. Am Dienstag, den 29. d. Mts., fand im kleinen Saale des Etablissements „Deutscher Kronring“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Zettler, Zerstörer und verwandten Berufsgenossen...

Formen-Versammlung. Sonntag, den 27. d. Mts. Mittags von 11 bis 1 Uhr tagte im „Rathen Saale“ auf der Kaiserstraße eine öffentliche Formen-Versammlung...

schaffen Gelegenheit zu geben, die Thätigkeit des hiesigen Gewerkschafts-Cartells kennen zu lernen, veröffentlichten wir nachstehenden Jahresbericht. Das Cartell trat in Thätigkeit Anfang des Jahres 1894. Vertreten sind in ihm folgende Gewerkschaften: Lederarbeiter, Handschuhmacher, Tabakarbeiter, Metallarbeiter, Maurer, Zimmerer, Schuhmacher, Tischler, Schneider...

Table with 2 columns: Gewerkschaft, Summa Mk. 157,45. Lists various trade groups and their financial contributions.

Die Einnahmen betragen 172,80 Mark, die Ausgaben 157,45 Mark, mithin bleibt 14,35 Mark. Außerdem wurde zu Ende des Jahres folgende Statistik der Gewerkschaften angefertigt:

Table titled 'Statistik der Gewerkschaften in Schlesien'. Columns include Name der Gewerkschaft, Zahl der Mitglieder, and Bemerkungen. Lists groups like Lederarbeiter, Handschuhm., Tischlerarbeit, etc.

Wenn auch die Statistik noch etwas mangelhaft ausgefallen ist, so ist dabei zu bemerken, daß dies die Gründungszeit ist und keine Aufschlüsse darüber ausfallen werden. Zu bemerken wäre noch, daß die Versammlungen des Cartells von den Mitgliedern immer ziemlich gut besucht waren...

Sagen. 30. Januar. Das Parteigenosse bringen wir Ihnen zur Kenntnis, daß unser hiesiges Local der „Gesinnung“ hat, was wiederholte Rücksprache mit dem Vorstand und zwecks Abklärung von Unklarheiten nicht zur Verfügung steht. Es wird ersucht, das Local nach wie vor zu meiden und es den Vertrauensleuten zu überlassen...

Grupp. 28. Januar. Sonntag und in das hiesige Gewerkschafts-Cartell eingeladen wurde der Arbeiter Ernst Gering aus Radowitz auf Verlangen der Gewerkschaft...

Lebhar, 30. Januar. Veränderung des ortsüblichen Tagelohnes für gewöhnliche Tagelöhner. Der Regierungsrath zu Sagan hat auf Grund des § 3 des Lohnverordnungs-Gesetzes vom 10. April 1892...

lich Stadt Lauban — anderweit auf 1,15 M., vom 1. Februar ab, festgesetzt.

Hermisdorf, 30. Januar. Gegen das Vereins- und Versammlungs-Gesetz vom 11. März 1850 hatten sich einige Hermisdorfer Einwohner dadurch vergangen, daß sie in der sogenannten „Kümmelschänke“ in Rynowasser am 1. Mai 1894 über öffentliche Angelegenheiten sprachen...

Wüstegattersdorf, 30. Januar. Apothekenverkauf. Die hiesige Apotheke erhält wieder einen neuen Besitzer. Apotheker Fuchs, der die Peitsch-Apotheke in Breslau, Friedrich-Wilhelmstraße, übernimmt...

Wistonsitz, 28. Januar. Vom Schlachtfeld der Arbeit. In dem Bergwerk „Georg“ bei Sosnowice ist, nach der „Rattowitzer Zeitung“, eine Kohlenschicht eingestürzt und hat 10 Bergleute auf der Stelle getödtet...

Neisse, 29. Januar. Der ehemalige Jesuit Graf Hönshild, der heillose Anti-Umsturzschwärmer soll sich mit einer Tochter des Professors Harnack verlobt haben.

Katow, 28. Jan. Arbeiterribeo. In der verflochtenen Nacht stürzte dem „Obericht. Anz.“ zufolge, der Brenner Kudla aus Plania bei der Station Summin vom Wagen auf das Geleise und wurde überfahren...

Groß-Dombrowa, 28. Januar. Sittlichkeitsverbrechen. Am Sonnabend wurde, nach der „O. St.-Ztg.“, in der Nähe von Fortunastraße einem Mädchen von einem jungen Burischen angethan...

Aus den Nachbarprovinzen. Posen, 29. Januar. Zwischen dem Reservelieutenant Rechtsanwält Ziel und dem Districts-Commissariats-Anwärter Mademacher hatte am 10. October vorigen Jahres bei Wollheim ein Pistolenduell stattgefunden...

Sprechsaal. Diese Rubrik stellt die Redaction dem Publikum zur freien Verfügung. Sie ist der Meinung, daß die Verantwortung für den Inhalt des in dieser Rubrik veröffentlichten übernimmt die Redaction dem Autor, welcher nicht. Einwendungen werden nur berücksichtigt, falls das Material einer Seite befristet ist.

Erwiderung. Hätte ich ahnen können, daß ich mit meinem Eingefandt vom 24. d. Mts. auf einen so schwachen Gegner stoßen würde, wie es das „Mitglied des Vorstandes“ ist, das in Nr. 23 der „Volksmacht“ einige Sprechsaalheften verbrochen hat...

Die „Erwiderung“ ist formell und inhaltlich gleich schwach; ich besaße mich nur deshalb mit ihr, um an einem konkreten Beispiele zu zeigen, daß in der Breslauer Parteibewegung noch manches besser werden muß...

Hätte mir das jahrelangharme Vorstandsmittglied erwider, daß es am mangelnden Eifer der Genossen gelegen hat, wenn die Lesezimmer ihren Zweck nicht erfüllt haben, und daß bereits im vorigen Sommer beschlossen worden sei, die Lesezimmer in Kassenabende „anzu rambeln“...

Alles was thut mein Mann? Er versucht sich auf das hohe Ross der Kritik zu setzen, stellt mir ein gar nicht verlasenes Zeugnis über meine politische Reise aus, beaucirt mich wegen Gleichgültigkeit gegen den „Socialistischen Verein“, rät mir, mich beim nächsten Male erst vorher zu informieren...

Schlesien.

R. Sagan Jahresbericht des hiesigen Gewerkschafts-Cartells. Um bei hiesigen Gewerkschaften Gelegenheit zu geben...

Die Öffentlichkeit vollständig gleichartigen Dingen zur Verantwortung der von mir angeregten Frage gethan, ob der „Socialistische Verein“ seinen in § 2 angegebenen Zweck gewissenhaft erfüllt? Nicht das geringste. Freilich kam es dem Einsender der Entgegnung darauf auch gar nicht an.

Zwar giebt die „Erwiderung“ noch zu manchen interessanter Bemerkungen Anlaß; ich unterdrücke sie und bemerke nur noch: wenn das am grünen Holze geschieht, was soll da erst am dürren geschehen?

Wenn jedoch dem Einsender der Erwiderung etwas daran liegen sollte, auf die Sache selbst einzugehen, so ersuche ich ihn, mir folgende Fragen zu beantworten: wie viel und welche Vorträge über communale, wie viele und welche Vorträge über politische, wie viele und welche Vorträge über wirtschaftliche Angelegenheiten, wie viel und was für Unterrichtskunden, sind während der letzten Monate abgehalten worden, wie steht es mit der „Folge der Rede“, wie endlich mit der „Errichtung von Abtheilungen zur besonderen Pflege des menschlichen Wissens?“

Breslau, 26. Januar 1895.

Ein Mitglied.

Gerichtliches.

Schwurgericht Breslau. In der Sitzung vom 20. v. J. hatte sich zunächst der 21 Jahre alte, bisher unbestrafte Schiffer Robert Kurfawe aus Drachenbrunn wegen Straßenaufwehens, begangen am 20. December v. J. an einem Stellenbesitzer Bunzka, zu verantworten. Der Angeklagte wurde zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Er hatte dem Bunzka ein Portemonnaie mit 90 Mark aus der Tasche gerissen.

Wegen wissenschaftlichen Meinelde erhielt der 18jährige Hausknecht Josef Sonnensfeld von hier eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Er hatte in der Nacht vom 5. zum 6. Juli v. J. in der Kupferschmiedebrunn unter sittenpolizeilicher Controle stehende Mädchen „angeulkt“. Eine derselben schlug, als Sonnensfeld sie in der schamlosesten Weise beschimpfte, mit dem Sonnenschirm auf ihn ein und wurde auf den Strafantrag Sonnensfelds zu 5 Mark Geldstrafe verurtheilt. In der schöffengerichtlichen Verhandlung hatte nun Sonnensfeld beschworen, er habe das Mädchen nicht geschimpft, trotzdem er ihr die unflätigsten Namen gegeben hatte.

Ein für das Vereinswesen wichtige Entscheidung hat das Oberverwaltungsgericht vor einigen Tagen getroffen. Anlässlich eines Specialfalls, der den hannoverschen Verein für das Volkstg. zufolge aus, daß Vereine, welche neben dem Zwecke politischer Erörterungen in Versammlungen noch andere Zwecke verfolgen, als politische Vereine der Beschränkung unterliegen, daß Frauenpersonen, Schüler u. Versammlungen derselben auch dann nicht beizuhören dürfen, wenn diese ausschließlich anderen Zwecken als den politischen Erörterungen dienen sollen, zum Beispiel Abendunterhaltungen mit Musik und Tanz; zu dieser Auffassung, so erklärte der Vorsitzende, sei das Oberverwaltungsgericht nach stundenlangen Erörterungen und reichlicher Ueberlegung gelangt. — Diese Entscheidung erregt auch in bürgerlichen Kreisen großes Aufsehen und lebhaften Widerspruch. Uns wundert eine solche Entscheidung nicht, sie gehört mit zu dem System schwärzester Reaction, in dem wir mitten drin stecken, ohne daß unsere bürgerlichen Freiheitshelden davon etwas wissen oder wissen wollen.

Gegen die Coalitionsfreiheit. Es mehren sich die Versuche die Coalitionsfreiheit der Arbeiter mehr einzuengen. In Kiel hatten mehrere Gewerkschaften, so die der Schmiede, der Brenn- und Brauereiarbeiter, polizeiliche Strafmandate erhalten wegen Nichteinreichens der Mitgliedsverzeichnisse. Es wurde richterliche Entscheidung beantragt. Das Schöffengericht sprach die Schmiede frei; der Anwalt hatte aber Berufung eingelegt. In der Berufungsinstanz wurden sie verurtheilt. Ebenso ging es der Organisation der Brauer. Es wurde geltend gemacht, daß verschiedene Stellen aus dem Statut des Brenn- und Brauereiarbeiter-Vereins als Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, Abschaffung der Sonn- und Feiertagsarbeit, allseitige Vertretung der Interessen der Mitglieder u. s. w. als eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten anzusehen seien. Ferner nahm das Gericht an daß diese gesteckten Ziele und Aufgaben des Vereins, wie sie aus dem Statut hervorgingen, nur durch Einwirkung auf die Gesetzgebung erreicht werden könnten und demzufolge der Verein unter die Paragraphen 2 und 13 des Vereinsgesetzes von 1850 falle. Gegen dieses Urtheil wird wiederum Revision beantragt werden, weil es von der organisierten Arbeiterschaft nicht geduldet werden kann, daß die in dem § 152 der Reichsgewerbeordnung garantierte Coalitionsfreiheit durch Polizeimaßregeln oder Gerichtsurtheile beschränkt wird, was bei dem Bischen Freiheit, welches die Arbeiterschaft überhaupt noch besitzt, einer Vernichtung gleichkommt.

Der Wunderdoctor W. der vom Schöffengericht zu Wismar wegen unbefugten Handelns mit Arzneien zu 150 Mk. verurtheilt war, hatte sich in Folge eingelegter Berufung am Montag vor der Strafkammer in Lüneburg zu verantworten. Die Verhandlung fand unter großem Andrang des Publikums statt. Der Angeklagte war aber nicht erschienen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann aus Eubenberg, machte geltend, daß da W. außerdem drei Strafmandate über je 150 Mk. erhalten habe, res judicata vorliege, mithin das Verfahren einzustellen sei. Der Gerichtshof verwarf jedoch die Berufung, da lediglich das Urtheil der ersten Instanz und nicht die Strafmandate zu prüfen seien.

Fernmischtes.

Berlin, 30. Januar. Die Posten fliegen. Am Montag Nachmittag wurde in der Franzosenstraße ein

Berlin ein Mann von dem am neuen Laboratorium stehenden Posten erschossen. Der Mann hatte sich an dem Fenster eines in der Nähe befindlichen Schuppens zu schaffen gemacht und hatte, vom Posten zur Rede gestellt, die Flucht ergriffen. Der Posten und eine Patrouille verfolgten ihn und fordereten ihn mehrfach zum Stehenbleiben auf. Endlich gab ein Soldat zwei Schüsse ab, der Mann wurde sofort getödtet. Der Getödtete heißt Friedrich Müller, ist Soldat gewesen und ist anscheinend ein Arbeiter. Ein Fliehender, ein Wehrloser wird niedergeschossen, und weshalb?

Leipzig, 30. Januar. Beim Einziehen der Fahne am Abend des Geburtstags des Kaisers stürzte der Kaufmann Blum, der Reichensbehalter der jüdischen Gemeinde aus dem dritten Stock eines Hauses der Reichstraße. Der Tod trat sofort ein.

Leiter, 29. Januar. Durch Löschen von 25 Wagen eines Güterzuges bei Saarbrücken wurden 12 Wagen zerstört. Ein Bremser wurde getödtet.

Budapest, 29. Jan. In ganz Südungarn herrschen heftige Schneefälle. Klausenburg sowie viele andere Städte sind durch den Schnee völlig vom Verkehr abgeschnitten.

Ernte-Sonerefälle und Verkehrsstörungen werden aus ganz Frankreich gemeldet.

Wien, 29. Januar. In Intra ist gestern Abend die große Seidenspinnerei Muganti u. Comp. niedergebrannt. Es ist dies die zweite große Spinnerei, die innerhalb ein ger Tage vom Feuer zerstört wird. Man vermuthet Brandstiftung.

Rom, 29. Januar. Die Mutter eines in der Verwaltung einer hiesigen Zeitung beschäftigten Beamten wurde in ihrer Wohnung von unbekannter Hand ermordet.

Der militärische Sabotismus hat in Dänemark in zwei Fällen traurige Folgen für die Betroffenen gezeitigt. In Kopenhagen wurde ein Rekrut kürzlich wegen Desertion zu 20 Tagen Dunkelarrest bei Wasser und Brot verurtheilt. Nach Verlauf von zwei Tagen war er irrsinnig geworden und mußte in ein Irrenhospital gebracht werden. Ähnlich ist es einem anderen Rekruten gegangen. Derselbe war ebenfalls wegen Desertion zu Dunkelarrest verurtheilt und versuchte sich zu tödten. Auch er mußte in eine Irrenanstalt übergeführt werden.

Ein Eisenbahn-Unfall. Nach Meldungen aus Indianapolis ist der Schnellzug Saint-Louis-Neu-York bei Coateville entgleist. Zwei Personen wurden getödtet und 33 verletzt, darunter mehrere lebensgefährlich.

Ueber die Arbeit in einer japanischen Zeitungsdruckerei wird der „Kreuzzeitung“ berichtet: „Die Arbeit eines japanischen Zeitungssetzers ist mit Schwierigkeiten verknüpft, die man in anderen Ländern nicht kennt. Die japanischen geschriebenen und gedruckten Schriftzeichen bestehen nämlich aus den chinesischen Ideographen, das heißt Charakteren, die nicht Buchstaben sind, sondern Begriffe ausdrücken. Die complicirten vierseitigen Figuren bestehen aus einem scheinbaren Gemisch von Zeichen, Kreuzen, winkelförmigen Zeichen, Dreiecken und Schlangen, die so aussehen, als ob eine betrunkene, aus einem Tintenfass getrocknete Fliege über das Papier getaumelt wäre. Solcher Ideographen giebt es im Ganzen 20,000, wovon etwa 14,000 von den Gelehrten benutzt werden und nicht weniger als 4000 zum gewöhnlichen täglichen Gebrauch dienen. Außerdem wird zu Schriftzeichen das japanische Syllaber, das sogenannte Kana, d. h. 47 Zeichen für die Grundsilben benutzt. Der japanische Setzer hat also mit über 4000 Typen zu hantieren. Er muß daher alle diese Typen auf der Stelle zu erkennen gelernt haben. Er strengt ferner seine Augen furchtbar an und trägt meist eine Brille mit Vergrößerungsgläsern. Endlich ist es ihm unmöglich, 4000 abzulangen. Der Setzer, der bei einer Zeitung den dritten bis vierten Theil aller Arbeit zu demältigen hat, sitzt an einem kleinen Tische an einem Ende eines dazu hergerichteten großen Zimmers, vor sich den Kasten mit den 47 Kanazichen. Durch das Zimmer laufen große offene Schränke, wie Bücherspinde, worin sich die Typen befinden, und zwischen je zwei Schränken ist ein drei Fuß breiter Gang offen gelassen. Der Setzer zerhackt das Manuskript in ganz schmale Streifen, von denen er je einen an einen von den sechs Jungen giebt, die ihm helfen. Dieser Junge holt dann aus den Schränken die Ideographen oder vierseitigen chinesischen Bildwörter — die Kanazichen, die dazwischen stehen, läßt er aus — wobei er oft einen anderen Jungen urrennt und fortwährend den Namen des Schriftzeichens wie einen Singlied herleiht; denn er kann dasselbe nicht erkennen, wenn er nicht dessen Laut hört. Ebenso verfahren die unteren Stände in Japan ihre Zeitung nur dann, wenn sie dieselbe laut lesen.“

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. Januar. Sonntagsruhe in der Industrie. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Tabelle der Bestimmungen, unter welchen der Bundesrath für die in dieser Tabelle bezeichneten Gewerbe und Arbeiten die Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Feiertagen vom 1. April d. J. ab, unbeschadet der Bestimmungen des § 105b der Gewerbeordnung gestattet.

Novelle zum Genossenschaftsgesetz von 1889. Dem Bundesrath ist eine im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Novelle vorgelegt worden. Danach sollen Consumvereine im regelmäßigen Geschäftsverkehr nur an ihre Mitglieder oder deren Vertreter verkaufen dürfen. Für Consumvereine, welche einen offenen Laden haben, hat der Vorstand, um die Bestimmung des § 8 Absatz 4 zu sichern, die Anweisung darüber zu erlassen, auf welche Weise sich die Vereinsmitglieder oder deren Vertreter den Warenverkäufern gegenüber zu legitimiren haben.

Bern, 29. Januar. Wie telegraphisch gemeldet wird, hat der Bundesrath zwei in Genf verhaftete italienische Anarchisten ausgewiesen.

Budapest, 28. Januar. Im VII. und VIII. Bezirk fanden heute Demonstrationen der Arbeitslosen statt. Nachdem die Menge zwei Stunden in den Straßen herumgezogen war, wurde sie von der Polizei zerstreut, welche neunzehn Personen verhaftete, die sich den Anordnungen der Wachorgane widersetzt hatten.

In Klausenburg hat die Polizei eine Arbeiter-Versammlung mit der Tagesordnung: „Das Kapital der letzten Monate“

Arbeiter“ überhaupt nicht gestattet. Gibt es in Ungarn keinen einzigen anständigen Abgeordneten, der die Brutalitäten der Behörden im Abgeordnetenhaus brandmarkt?

Der italienische Landtag ist durch kaiserliche Entschliessung aufgelöst und es sind Neuwahlen angeordnet worden. Das „Wiener Fremdenblatt“ führt den Entschluß auf die Vorgänge im italienischen Landtage zurück, wo die italienische Majorität durch Einführung der italienischen Sprache als alleinige Verhandlungssprache, sowie durch die Bestimmung, daß Anträge und Interpellationen nur italienisch gestellt werden dürfen, die slavische Bevölkerung in ihren Rechten kränken, eventuell dieselbe aus dem parlamentarischen Leben hinausdrängen wollte.

Brüssel, 29. Januar. Gegen den socialistischen Deputirten Rogier ist, wie gemeldet wird, Anklage erhoben worden. Er soll in einer Volksversammlung erklärt haben, daß das Volk, falls die Angliederung des Congo-Staates erfolge, das Recht habe, die Monarchie wegzufegen.

Paris, 29. Januar. Girich's Telegraphen-Bureau meldet: Die Botschaft des Präsidenten Faure hat in der Kammer eine wenig enthusiastische Aufnahme gefunden. Man ist der Ansicht, daß sie ohne jeden Gehalt und voller Phrasen sei. Der Senat (die Organisation des Großcapitals) hat indeß die Botschaft besser aufgenommen.

Marschall Canrobert, der älteste der französischen Generale, ist gestern Abend gestorben.

Aus Mexico einkaufende Meldungen besagen, daß die Stadt sich in großer Aufregung befindet, da die Kriegserklärung an Guatemala demnächst erfolgen soll. Der mexicanische Gesandte ist von dort bereits abgereist.

Petersburg, 29. Januar. Minister des Auswärtigen soll nach Londoner Meldungen der neue Botschafter in Berlin, Fürst Lobanow, in einigen Monaten werden. Der jetzige Vertreter dieses Ministeriums, Schischkin, soll Botschafter in Constantinopel werden.

Washington, 29. Januar. Gresham erhielt die Bestätigung über den Ausbruch der Revolution in Columbia.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 29. Januar.

Heiraths-Ankündigungen. 1. Bäcker P. Kaminsky, kath., Friedrich-Carlstraße 47, und Wittve Rosina Krobok, geb. Ziegler, kath., daselbst. — Conditor Carl Dittrich, kath., Mehlgaße 5, und Martha Werner, ev., Kupferschmiedestr. 16. — Arbeiter Hermann Schubert, ev., Bergstraße 14, und Marianna Langer, kath., das. — U. Sackler Albert Preuß, ev., Reichstr. 12, und Johanna Kusch, ev., hier. — III. Schmitz Paul Weiguig, kath., Matthiasstraße 2, und Anna Fischer, ev., Blücherstr. 20. — Arbeiter Alfons Mais, kath., Wörtherstraße 4, und Marie Kahmer, kath., Delsnerstraße 6. — Sparkassenbeamter Josef Schräffl zu Bazen in Tirol, und Clara Flach, An den Kaskenen 10.

Geburten. 1. Maler Adolf Meyer, kath., S. — Bäcker Hermann Kusch, ev., L. — Tapezierer und Decorateur Hermann Görlich, ev., S. — Kaufmann Ludwig Wendriner, jud., L. — Stellmacher August Schwarzer, ev., L. — Kürschner Wilhelm Böhm, ev., L. — Arbeiter Robert Klimpf, Baptist, S. — Haushälter Johann Fronzet, ev., L. — II. Hilfsbrenner Wilhelm Schneider, ev., S. — Eigrenarbeiter Josef Becker, kath., L. — Drechsler Otto Zahn, kath., L. — Versicherungsbeamter Franz Hauke, ev., L. — Schlosser Paul Barth, ev., L. — Steinmetz Wilhelm Vater, ev., L. — Hilfsbrenner Josef Weigelt, kath., S. — Eisenbahn-Bureau-Diätar Hugo Ende, kath., L. — Straßenbahn-Wagenführer Wilhelm Krol, ev., L. — Werkstättenführer Karl Preisler, kath., L. — Bahnhofswächter Franz Bözner, kath., S. — Maschinenmeister Paul Hempel, ev., S. — Kaufmann Ludwig Sachs, jud., L. — Kaufmann Max Hein, jud., L. — Versicherungsbeamter Otto Stahl, ev., S. — Feuerwehrmann August Haüscher, ev., L. — Arbeiter Paul Bder, ev., L. — Tapezierer Hermann Zahn, kath., L. — Schreiber Ulrich Röhr, ev., S. — Bäckergefelle Carl Benedict, kath., L. — Schuhmacher Josef Hauck, kath., L. — III. Eisenbahnbote Johann Walosjey, kath., L. — Tischler Franz Siellmach, kath., L. — Drechsler Carl Lindner, ev., L. — Drochsenführer Julius Weiß, kath., S. — Bahnarbeiter Franz Jonnet, kath., S. — Tischlermeister August Burkert, ev., L. — Lackier Adolf Blajche, ev., S. — Zimmermann Ernst Kunert, ev., S. — Tischlermeister Carl Schune, ev., L. — Töpfer Paul Züptner, kath., L. — Kunstmaler Arthur Schelesch, kath., S. — Arbeiter Richard Frost, ev., S. — Schlosser Carl Alter, kath., S. — Arbeiter August Gluche, ev., S. — Tischler Josef Gogolin, kath., S. — Bureau-Hilfsdiener August Kretschmer, kath., S. — Vice-Wachmeister Rudolf Krause, kath., L. — Maler Oscar Bording, kath., S. — Tischler Alois Knub, kath., S. — Schiffer Hugo Würche, ev., S. — Handschuhmacher Robert Gudel, kath., L. — Müller Eduard Zwilling, ev., S.

Todesfälle. 1. Gertrud, L. des Gastwirths Reinhold Eichpe, 4 M. — Hermann, S. des Schuhmachers Hermann Knuth, 1 J. 3 M. — Landwirth Albrecht Sachs, 27 J. — Max, S. des Schneiders Hermann Rabich, 3 M. — Arbeiterfrau Veronika Preuler, geb. Pajschle, 53 J. — Schneidergefelle Wilhelm Landmann, 34 J. — Nähterin Ida Aleh, 18 J. — Maler Robert Paul, 31 J. — II. Wilh., S. des Arbeiters Wilhelm Scholz, 3 M. — Nähterin Emma Dittrich, 21 J. — Buchhalterwitwe Wilhelmine Rüstling, geb. Köhring, 56 J. — Gasanstaltsarbeiter Gottlieb Hoppe, 52 J. — Schuhmacher August Puffe, 51 J. — Brauereipächter Gustav Kayser, 63 J. — Futtermann August Dominik, 55 J. — Elsa, L. des verstorbenen Schuhmachers Carl Lipp, 6 J. — Arbeiter Gottlieb Reinert, 73 J. — Clara, L. des Fleischer's Heinrich Kretschmer, 2 M. — III. Frh., S. des Tapezierers Hugo Großer, 8 M. — Futmacher Johann Gumprecht, 55 J. — Kürschnerwitwe Auguste Hohnstod, geb. Sachs, 72 J. — Oberstenwitwe Anna Gaertner, geb. Karfer, 70 J. — Nagelschmiedemeisterwitwe Genore Jerfche, geb. Gelbarth's, 71 J. — Arbeiterwitwe Antonie Sonntag, geb. Anders, 52 J. — Gendarmere-Wachmeister's-witwe Margarethe Heidenreich, geb. Berger, 81 J. — Dienstmädchen Marie Matzke, 26 J. — Handelsmanns-frau Pauline Goniondzka, geb. Neumann, aus Sbonsta Woiw. in Polen, 36 J. — Max, S. des Steinsetzers Max Stamer,

Stadt-Theater.

Mittwoch:
„Nathan der Weise.“
Donnerstag:
„Der König hat's gesagt.“

Lobe-Theater.

Mittwoch:
Zum letzten Male:
„Wie die Alten sangen.“
Donnerstag:
Benefiz: Wally Koblant.
„Die wilde Jagd.“

Victoria-Theater

(Simmenauer-Garten.)

Täglich:

Specialitäten - Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Eppmann's wellberühmtes Panoptikum

Ohlauerstraße 64.

Kaiser- und Fürsten-Gallerie, Gallerie
berühmter Gelehrten, Dichter u. s. w.,
Beröhrer-Gallerie.

Neu angekommen!

Sensationell! Sensationell!

Lebend zu sehen!

Dobos János

der Miniaturmensch aus Ungarn,
14 Jahre alt, 10 Kilo schwer, der Kopf
nicht größer wie der eines neugeborenen
Kindes.

Eintritt 50 Pf.

Vereinsbillets gültig.

Neue Ausstellung im Panorama.

Geor. Roesler's Brauerei.

8270 Kärnthner

Concert-Sänger-Gesellsch.

Theo Zipper

und Auftreten des musikalischen
Clown

Barna.

Wochentags Entree 15 Pf.

Sonntags 20

Kinder 10 Pf.

Jeden Sonntag:

Frühstücken-Frei-Concert.

Atelier für künstl. Zähne,

Plomben, Zahnextract. etc.

Reinhold Quiel,

Schuhbrücke Nr. 14, I. Etg.

Specialität:

Gebisse ohne Gummiplatte.

Billigste Preisberechnung.

Musik-Instrumente.

Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-
mente, Spielböden zum Drehen u. selbst-
spielend. Musik-Automaten fertigt
K. Cohn, Kupfer-Schmiedestr. 17.

Arac, Rum, Cognac

Beste importirt en gros und en détail

H. Ponsche u. Glühwein-Extracte,

Banane-, Ananas-, Burgunder-,

Kaiser-Wein- u. Süssig,

H. Original- und Tafel-Liqueure

Frankfurter Klosterbitter.

3871 Manderlauer-Singer.

Mediciner.

Charivari, Caracac etc.

„Nachod“

Magen- und Cholera-Kitter,

bekannt durch seine rasch. Wirkung

ohne Beschleunigung des Blutes

oder Beschleunigung des Blutes

Blutreinigung, Essig u. Essig

Essig

Hermann Seidel.

BRESLAU, Ring 27.

Telephon Nr. 8.

Verkaufsstelle: Im Hofgarten im

Quadrat, im Comptoir im Hof.

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Die ordentliche General-Versammlung

findet Sonntag, den 3. Februar 1895, Nachmittags 4 Uhr
im kleinen Saale zum „deutschen Kronprinzen“, Kurzweg 50.52 statt.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Jahn über: „Das
kommunistische Manifest“. 2. Discussion. 3. Quartalsabrechnung für
das 4. Quartal 1894. 4. Erwahlung des I. Vorsitzenden, sowie Neuwahl
von 3 Revisoren. 5. Interpellation und Fragekasten.

Zum Eintritt legitimirt das Mitgliedsbuch, was man gefälligst
beachten wolle.

NB. Nach Schluß der Versammlung gesellschaftliches Beisammensein,
verbunden mit Tanz-Kränzchen.

Der Vorstand.

Tonhalle.

Blauer Hirsch.

Ohlauerstr. 7, Ecke Schuhbrücke.

Täglich: Großes Frei-Concert.

Das platte Land u. die Socialdemokratie.

Von Emil Gjner.

Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.

Noch immer herrscht in unserer Parteiliteratur ein Mangel an
brauchbaren Schriften für die Landagitation; in vorliegender Schrift
gibt uns der Verfasser in zwölf Kapiteln in populärer Darstellung
Klarheit über die wirtschaftliche Entwicklung des platten Landes, Ein-
sicht in den complicirten Mechanismus des ländlichen Wirtschafts-
getriebes und legt dar, warum es nicht angeht, die industriellen That-
sachen einfach auf das platte Land zu übertragen. Die kleine Schrift
kann den Genossen aufs Beste empfohlen werden.

Zu beziehen durch die

Expedition d. Blattes.

Getreide-Kornbranntwein

vorzügliche Qualität, offerirt einem geehrten Publikum en détail und en gros
zu den billigsten Preisen

die Dampf-Brauwwein-Brennerei von

Reinhold Richter vorm. Theodor Köhler.

Matthiasstraße Nr. 75, „Zum rothen Stern.“

Mit dem Ausstoß unseres hochfeinen, lichten

Pilsener Bieres

haben wir begonnen.

Gleichzeitig empfehlen wir unsere aus reinem Hopfen und Malz
eingebrauten

hellen und dunklen Lagerbiere.

Brauerei Wünsche & Co.

Grüneiche-Breslau.

Achtung! Geschäft's-Eröffnung. Achtung!

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich hiermit
Lehndamm Nr. 50 unter dem Namen

„Drogerie zum schwarzen Adler“

in Drogen-, Farben-, Chemikalien- und Parfümerie-Geschäft
eröffnet habe.

Gehe zu meiner langjährigen Thätigkeit in den größten Geschäften
Deutschlands wird es mein Bestreben sein, meiner geehrten Kundenschaft das
Beste zu bieten. Besonders empfehle ich Schokolade, Caracac, Choc H.,
sowie Parfüms, Seife, in großer Auswahl zu allen Preisen, Wandwaizer,
Saugen, Chirurgenmittel etc.

Mein Unternehmen einer günstigen Beachtung empfehle. Ich bin
hochachtungsvoll

H. Kahl, Lehndamm 50.

„Drogerie zum schwarzen Adler.“

Rohtabake

in bekannt größter Auswahl und besten Qualitäten
empfehle zu billigen Preisen

G. Titze, Breslau,

27 Büttnerstraße 27.

Handwerker- u. Arbeiter-Notizkalender

für das Jahr 1895. — 17. Jahrgang.

Verlag von Wörlein & Co. in Nürnberg.

Preis I. Qualität 75 Pfg., gewöhnliche Ausgabe 50 Pfg.

Die Verlags-Handlung bemerkt in ihrer Ankündigung des ne-
kalenders u. s. l.:

In jedem Jahre sind wir bestrebt gewesen, irgend eine Verbesserung
an unserem Kalender vorzunehmen. Voriges Jahr haben wir den
sich gemacht, in Bezug auf den Einband der besseren Sorte eine Aenderung
eintreten zu lassen und haben die Aenderung der Kritik unserer wert-
vollen Kunden unterstellt. Dieselbe ist nicht zu Gunsten der probeweise ein-
geführten Einbanddecken ausgefallen, vielmehr wurden wir von allen Seiten
aufgefordert, wieder zu der bewährten Einrichtung des steifen Klapp-
deckels zurückzukehren und dabei speciell die rote Farbe zu bevorzugen.
Wir sind diesem Wunsche nachgekommen und liefern daher in die-
sem Jahre Qualität I nur in derselben Ausstattung (Briefstascheartig mit
Gummiband) wie früher. Qualität II liefern in gutem Bänderbroschur-
einband mit Bleistiftlöchern. Da an dem Papier mancherlei Ausstellungen gemacht
wurden, so haben wir nach dieser Richtung durchgreifend Wandel gebracht,
vor Allem den gelblichen Ton abgeschafft und völlig weißes Papier
wählt. Dasselbe ist in puncto Stoff so, daß es als gutes Schreibpapier
bezeichnet werden kann. In Bezug auf die inhaltliche Bereicherung
des 15 Bogen starken Kalenders verweisen wir besonders auf die
Inhalts-Verzeichnisse erwähnte „Praktische Anleitung zur gewerblichen
Buchführung“, welche vielen unserer Abnehmer sehr willkommen
wird. Auf besonderen Wunsch haben wir die „Anleitung zur Berechnung
des Alters- und Invaliditätsrenten“ wieder mit aufgenommen.

Inhalts-Verzeichnisse: Kalendarium mit den protestantischen
katholischen Namenstagen nebst Geschichts-Kalendarium. — Ueber Alters-
und Invaliditätsrenten. — Tabelle zur Berechnung der Altersrenten
— Tabelle zur Berechnung der Invaliditätsrenten. — Zusatzrechnung
Tabelle. — Aus dem Gerichtskostengesetz. — Aus der Gebührenordnung
für Gerichtsvollzieher. — Aus der Gebührenordnung für Rechtsanwälte
— Post-Tarif. — Lohn-Tabelle — Multiplikations-Tabelle. — Mi-
gewichte in Deutschland. — Ueber Pferdekraft. — Maß- und Gewicht-
Tabellen. — Münzwesen. — Papiergeld. — Gesetz, betreffend die Un-
terstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften
— Gesetz, betreffend die Abzählungs-Geschäfte. — Praktische Anleitung
zu der gewerblichen Buchführung. — Die Religionen der Erde.
Sommerjahr 1895. — Eine neue Post-Einrichtung, Nachnahme mit
Postkarte. — Einnahme- und Ausgabe-Tabellen. — Inzerate. — Re-
talender. — Schreibpapier.

Zu beziehen durch die

Expedition dieses Blattes.

Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientierungs-
karten. 16 Bogen Oktav. Preis gebunden (im Bänderband) 1 Mk.
50 Pf. Verlag von J. Schöner in Nürnberg, Austr. 1. — Ent-
hält über 2000 Reisetouren in Deutschland, Österreich-Ungarn,
Schweiz, Frankreich, Italien und Holland, mit genauer Angabe der
Ortsentfernungen in Kilometern nebst alphabetischem Ortsregister,
Notizen über die bedeutendsten Städte und Orte, betreffend ihre Ein-
wohnerzahl, hauptsächlichsten Industrien etc. — Dieses Buch soll
nicht nur dem reisenden Arbeiter ein treuer Wegweiser sein, sondern
es soll auch diejenigen Gewerkschaften, welche an ihre Mitglieder
Reise-Unterstützung bezahlen, in den Stand setzen, die von den Rei-
senden zurückgelegten Strecken genauer und schneller berechnen zu
können als es mit den bisher vorhandenen Hilfsmitteln möglich war.
Außerdem darf das Buch zugleich als das bisher vollständigste
Tourenbuch für Radfahrer bezeichnet werden. Zu beziehen durch die
Expedition der „Volkswacht“.

5 Pf. Sumatra-Cigarren

Sumatra-Deckblatt und Carmen-Blatt
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich im Grand u. Geschmack
100 Stk. 2 Mk., 250 Stk. 3 Mk. bis 5 Mk.

empfehle gegen Nachnahme

Cigarrenfabrik E. Lampke vorm. A. Kirschner

Fabrik und Hauptgeschäft:

Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.

Filialen: Schrotgasse 1, Hammerstr. 35, Friedrich-Wilhelmstraße 4,
Klosterstraße 28a, Schmiedebühl 47.

Geheirten- und ungeschmitten amerikanische Rippen offerire billig.

Kaffee! Kaffee!

Beste Kaffee, das Pfd. 1.40 1.60 Pfg.
Gereide-Kaffee, das Pfd. 12 Pfg.
Beste weißer Kaffee, das Pfd. 21 Pfg.
Beste schwarzer Kaffee, das Pfd. 35 Pfg.
Beste Syrup, das Pfd. 15 Pfg.
Beste Kaffee-Krem-Weiß, das Pfd. 20 Pfg.
Beste Kaffee-Krem, das Pfd. 10 Pfg.
Beste Kaffee-Krem, das Pfd. 11 Pfg.
Beste Kaffee-Krem, das Pfd. 15 Pfg.

Otto Ogrowsky jr.,

45 Große Gießergasse 4/5.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Donnerstag, den 31. Januar:

Bereinigung der Mal-
cadiret, Anreicher und ne-
wandten Berufsgeosien
von 7, - 9, Uhr: Versammlung
im Vereinslocal bei Edlich,
Tauben-, Neumarkt. — Zahlabend
— Aufnahme neuer Mitglieder
— Kollegen, welche nicht der Bereinigung
angehören, sind als Gäste willkommen
Gesangverein Breslau
Hutmacher. Abends 8, - 10 Uhr
Übungstunde im Vereinslocal
zum rothen Löwen, Kupferstraße
21.

Geschichte des Sozialismus.

Von dem trefflichen Werke ist
haben das 11. Heft erschienen.

Preis 20 Pfg.